Nr. 1

Dokumentation des Werkbundtages 1998 Von der Industriegesellschaft zur Kulturgesellschaft - Arbeit im Wandel

36-

Schriftenreihe der
Werkbundakademie Darmstadt

136/2262

Mit Konzept und Durchführung des Werkbundtags 1998 beginnt die Werkbundakademie Darmstadt ihre Arbeit.
Wir danken dem „Haus für Industriekultur Darmstadt e.V.", daß er uns für diese Veranstaltung sein Haus zur Verfügung stellt. Der Industrie- und Handelskammer Darmstadt danken wir für Unterstützung und Zusammenarbeit beim Schlußvortrag „Zukunft der Arbeit" der EXPO 2000. Das Zusammenwirken mit Darmstädter Institutionen wird uns in Zukunft ein besonderes Anliegen sein.

Die Akademie ist keine eigene Institution mehr wie bisher, sondern ein Projekt in der Trägerschaft des Deutschen Werkbund e.V. Es wird von der Stadt Darmstadt gefördert.

Mit Thema und Konzept des Werkbundtags 1998 verbindet die Werkbundakademie Darmstadt fünf Ziele:

1.
Eine neue, gemeinsame Arbeitsebene des Werkbunds für Diskurs und Erneuerung seiner zeitgenössischen Aufgaben und Möglichkeiten zu schaffen.

2.
Dabei auch über stabile wie flexible Organisationsstrukturen und Arbeitsformen des Werkbunds zu sprechen: Forum, Stiftung, Dienstleistungen, Kommunikation, Orte des Werkbunds.

3.
Besonders aber den unausweichlichen Versuch zu beginnen, die Werkbundidee des 20. Jahrhunderts – ganzheitliche Qualität in der Gestaltung der Umwelt – mit einem elementaren Zukunftsthema als Eintritt in das 21. Jahrhundert fortzuschreiben – was bedeutet der Übergang von der Industriegesellschaft in eine Kulturgesellschaft.

4.
Nicht zuletzt in diesem Sinne den interdisziplinären Dialog als Gespräch, Austausch und Netzwerk mit anderen Institutionen, Projekten und Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Praxis zum Normalfall zu machen.

5.
Und schließlich die Werkbundidee wieder – retrospektiv/prospektiv – als einen europäischen Gedanken zu sehen – ein Leitmotiv für den Werkbundtag 1999?

Grußwort
Oberbürgermeister Peter Benz

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
ich begrüße Sie aus mehreren Gründen sehr herzlich hier in Darmstadt. Zum einen wegen dieser Räume hier. Dieses Haus ist eng mit der Stadt Darmstadt verbunden. Es ist ursprünglich eine Möbelfabrik gewesen, die Möbelfabrik Alter, in der der spätere, bekannte Hessische Innenminister Wilhelm Leuschner in der Weimarer Zeit Schreiner war. Er wurde als Antifaschist in der Nazizeit umgebracht. Eine Plakette am Haus erinnert an Leuschner. Seine Tochter lebt noch. Sie erzählte mir vor einem halben Jahr, daß sie als Kind mit dem Essenstender immer hierher gekommen sei.

Erst später, in einer zweiten Nutzungsphase ist diese Halle von der Stahlbaufirma Donges übernommen worden, wurde aber in dieser Funktion aufgegeben.Dann kam die hervorragende Idee, das Haus, das zwischenzeitlich unter Denkmalschutz steht, kulturell zu nutzen. Es wurde ein Verein für Industriekultur gegründet. Diesem Verein für Industriekultur hat das Land Hessen und vor allem auch die Stadt Darmstadt unter die Arme gegriffen, um dieses Haus zu kaufen. Dies ist ein Grund, weshalb ich mich freue, daß Sie nach Darmstadt in dieses Haus gekommen sind.

Der Werkbund ist mit Darmstadt auf vielfältige Weise verbunden. Die Namen sind ihnen geläufig, Peter Behrens, Joseph Maria Olbrich, Mies van der Rohe oder Otto Bartning, der die 2. Darmstädter Gespräche mit dem Thema „Mensch und Raum" noch mit vorbereitet hatte. Im Anschluß an dieses Darmstädter Gespräch Anfang der 50er Jahre ist das Institut für Neue Technische Form gegründet worden, das unterhalb der Mathildenhöhe seinen Sitz im Messelhaus hat.

Der Werkbund blieb Darmstadt auch nach seinem Wegzug verbunden, indem hier die Darmstädter Werkbundgespräche weiter stattfanden. Daran knüpfen sie mit der heutigen Veranstaltung auch wieder an. Insofern gibt es eine Tradition der Verbundenheit mit dem Werkbund.

Der Werkbund selbst hatte in jüngster Zeit besondere Schwierigkeiten zu bestehen, nachdem die Kulturstiftung der Länder ihre finanzielle Zuwendung zurückgezogen hatte, wir aber natürlich alle an der Existenz des Werkbunds und seiner Veranstaltungen sehr interessiert waren. Insofern heiße ich Sie besonders willkommen, jetzt nicht als Sitz des Deutschen Werkbundes, aber als Sitz von Werkbundgesprächen, die hier in Darmstadt wieder aufgenommen worden sind. Eine Zwischenstation dieser Werkbundgespräche war die „Akademie Deutscher Werkbund – Laboratorium der Zivilisation", die zum Beispiel hier in Darmstadt geholfen hat, Strategien für die Weststadt zu entwickeln, die in dem Darmstädter Gespräch 1995, einem auch international renommierten Gespräch, mündeten. Ich nehme an, auch einige von Ihnen haben damals teilgenommen.

Diese Gespräche waren schon richtungsweisend für die Darmstädter Stadtentwicklung. In einigen Wochen soll der Dokumentationsband für dieses Darmstädter Gespräch, damals, 1995, veranstaltet von der „Akademie Deutscher Werkbund – Laboratorium der Zivilisation", veröffentlicht werden. Es wird sicherlich sehr interessant sein, die Beiträge der sehr renommierten Referentinnen und Referenten jetzt nachzulesen. Denn immerhin, es sind Thesen und Szenarien erarbeitet worden, die den gesellschaftlichen Wandel ebenso wie den technisch ökonomischen Wandel, die Entfaltung kultureller und wissenschaftlicher Potentiale und die Zukunft infrastruktureller Entwicklungen berücksichtigen und in diesen zukunftsweisenden Prozess mit einbezogen haben. So erinnere ich mich noch sehr lebhaft an diese Diskussion von vor drei Jahren. Ich sehe darin auch jetzt eine sehr wichtige Aufgabe für ihre Werkbundgespräche in Darmstadt, wie sie es insbesondere mit einer jungen Generation von Planern, Architekten und Designern hinbekommen, diese ablaufenden Prozesse in die aktuelle Stadtentwicklung einmünden zu lassen.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn wir auch außerhalb der Werkbundgespräche in einem sehr frischen und befruchtenden, ertragreichen Dialog bleiben könnten. In gewisser Weise ist ja das Thema dieses Wochenendes „Von der Industriegesellschaft zur Kulturgesellschaft – Arbeit im Wandel," ein immerwährendes Thema, keineswegs eine Neuentdeckung der heutigen Zeit. Aber gerade deshalb wird natürlich zugleich deutlich, daß es uns seit Jahrzehnten begleitet und man immer wieder neue Antworten finden muß.

Hier mit Ihnen in einen nicht nur unverbindlichen Dialog zu treten, sondern vielleicht auch in ganz konkrete Projektarbeiten einzutreten, wäre ein Anliegen von mir. Insofern könnte man sagen, mit diesen heutigen Darmstädter Werkbundgesprächen ist zugleich auch ein Neubeginn verbunden.

Inventar-Nr. 04/2262
136/2262
BAK (Architektur u. Städtebau) TUD
54758227

Jochen Rahe

Zur Einführung in diese Dokumentation

Werkbundtag 1998
Von der Industriegesellschaft zur Kulturgesellschaft – Arbeit im Wandel.

Werkbund – wie mag das Wort klingen für jemand, der heute 20 Jahre alt ist. Das „Bündische", das mit herüberweht, mag wohl befremden. Obschon es ein „Jugendwort" der Jahrhundertwende ist, naturnahe Emotionalität ebenso signalisiert wie aufbrechende Modernität. Doch es wirkt wohl verstaubt, spätestens in den Dunstschichten der Nachkriegszeit abgelagert.

Das Werk, der andere Wortteil, wird schon mehr Aufmerksamkeit erreichen: Als handwerkliches „Werkstück", als Bezeichnung für industrielle Produktionsanlagen, als persönliche, künstlerisch-subtile Arbeit?

Im Grunde überlebt der Werkbegriff allein in der individuell-gestalterischen Mühe um bessere Qualität – in einer Vielfalt von Lösungen. Diese an den persönlichen Urheber gebundene Arbeit konnte die Qualität handwerklicher und industrieller Produkte hier und da beeinflussen, wenn auch die Flut der Banalisierung kaum eindämmen, die auf den Grundströmungen von Wachstum und Wohlstand anschwoll.

Doch ist das noch das Problem der „Jugend"? Sie nutzen die Vielfalt der Möglichkeiten, moralisieren nicht und sind mühelos tolerant. Das „Werk" ist selbstverständlich geworden, steht zur Verfügung, muß die Lebensansprüche erfüllen. Das Feld der Auseinandersetzung mit Zukunft und Qualität hat sich für die junge Generation geändert. Es heißt Kommunikation in einer sich globalisierenden Gesellschaft. Nicht etwa in einer „formierten Gesellschaft" der oft behaupteten „inneren Einheit". Das wäre „bündisch" und ist obsolet.

Die moderne Verbindung von individuell-gestalterischer Urheberschaft und Arbeit im Werkbegriff paßt schon besser in die neue Landschaft.

Getragen von kürzlich noch ungeahnten technischen Medien der Kommunikation, zu denen auch Automatisierung und Robotisierung gehören, entsteht eine Verwirbelung von herkömmlichen Arbeitsstrukturen. Für geringe Qualifikation besteht immer weniger Nachfrage am Arbeitsmarkt. Die zunehmend komplexen Planungsleistungen, Dienstleistungen, Produktionsleistungen, Moderationsleistungen etc. verlangen hohe Bildung, Fähigkeit zu vernetztem und komplexem Denken, Kreativität, Mobilität, Kenntnis von Sprachen, Eigenständigkeit, etc.

Was die Kulturdidaktik der Moderne immer schon erstrebte, was aber in der Breite fromme Forderung blieb, kommt plötzlich als Anforderung der Arbeitswelt besonders auf die jungen Leute zu. Ideale kultureller Sozialisation werden zu Anforderungsprofilen in Stellenanzeigen. Der Arbeitsmarkt bietet nicht Beschäftigung für möglichst viele, er wird zur Agentur für die Kompetenten und Wendigen, Neugierigen und Aufgeschlossenen, die Lernenden und Problemlöser.

Der alte Werkbegriff erscheint hier nicht ohne weiteres auf der neuen Ebene der Wissens- und Kommunikationsgesellschaft. Zu vielfältig und global verteilt sind die Informationen, Einflüsse, Ideenpartikel, die sich in komplexen Arbeitsleistungen bündeln, als das sich Urheberschaft und Fleiß schon als Lebensleistungen bestimmen ließen. Längst haben sich nicht nur die Anforderungen, sondern auch die Formen der Arbeit verändert. Teamarbeit, interdisziplinäre Arbeit, Wechsel von rezeptiven und produktiven Phasen, Wechsel der Berufe und Projekte, Übergänge von Wissenschaft und Praxis, Übergänge von pekuniär und nicht-pekuniär honorierten Leistungen, unregelmäßige oder gleitende Arbeitszeiten an verschiedenen Orten, auch in der eigenen Wohnung, summieren sich zu einer neuen Arbeitswelt, die schon erkennbar ist, für die aber zur Zeit die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen noch gesucht werden. Der soziale Rückstand wird dramatisch manifest in den hohen Arbeitslosenquoten, deren Kosten zunehmend politische Innovationen behindern. Nicht die Neuverteilung von Arbeit, sondern ihre Neudefinition und Charakterisierung muß der erste Schritt sein.

Der Werkbund, vollgesogen mit dem nach bestimmten Qualitätsnormen gefestigten Werkbegriff des 20. Jahrhunderts, der – durchaus auch erfolgreich – auf die Industrialisierung, Vermassung und Rationalisierung der Produktion, der Dienstleistungen, des Handwerks, des Handels reagierte, hätte hier im Übergang zu einer von neuen Arbeitsformen geprägten Gesellschaft eine geborene Aufgabe der Moderation, Beihilfe zur Klärung und Entwicklung neuer Qualitätsbegriffe – eine Aufgabe im neuen Jahrhundert.

Denn diese Klärung ist eine dringende Voraussetzung auch für die Leitbilder der Stadtentwicklung, die Konzepte der Architekturen, die Nützlichkeit der Produkte, die Rücksichtnahme auf Umweltressourcen, die umfassende Unterstützung von Raum- und Produktqualität durch Dienstleistungen, kurz, auf die Ressourcen der Weiterentwicklung von einer industriell-geregelten zu einer kommunikativ-diffundierenden Moderne.

Ob dafür der Ausdruck Kulturgesellschaft ein förderliches Schlagwort ist, wäre zu prüfen.

Statt retrospektiv in Würde zu erstarren oder sich, kaum noch bekannt und wenig gefragt, allein in zentrifugalen Erleichterungen Trost und regionalen Zuspruch zu suchen, muß der Werkbund auch seine Arbeit neu definieren. Auf die Gemeinsamkeit einer zentralen Zukunftsklärung darf er nicht verzichten, wenn die Vielfalt didaktisch-handfester Einmischungen und Verbesserungsversuche vor Ort in ihrem Zusammenhang noch erkannt und als wichtig eingeschätzt werden sollen. Im Jahrmarkt der unzähligen Initiativen (schon das eine Folge auch der veränderten Arbeitswelt) anspruchsvoll mitzufideln, dazu hätte es nicht der Kraft und Überzeugung ganzer Gestaltergenerationen im Werkbund bedurft, für das 20. Jahrhundert nicht nur eine Form, sondern auch eine Ethik mit zu entwickeln.

Kurz vor der Auktion der „Dinge des Werkbunds":
Yvonne Endes, Michael Andritzky, Werner Durth.

Arbeit im Werkbund – das Gemeinsame in der Vielfalt

Eine Zusammenfassung

(Text: Redaktion)

Neben einer Auktion der „Dinge des Werkbunds", von Mitgliedern zugunsten der Werkbundarbeit insgesamt gestiftet, war der Tag der gegenseitigen Information über Arbeit und Projekte in den Landeswerkbünden und der Suche nach einer gemeinsamen Zielsetzung für die Zukunft gewidmet.

Es referierten über Werkbundprojekte:

1 Lukas Hammerstein, DWB Bayern
– Broschüre Werkbunddarstellung heute

2 Ludger Kilian, DWB Sachsen
– Ausstellung „Stadt- und Landschaftsbilder"

3 Walfried Pohl, DWB Nordrhein-Westfalen
– Aus Hecken werden Häuser. Weltweites EXPO 2000-Projekt.

4 Hanns Uelner, DWB Nordrhein-Westfalen
– Werkbundsiedlung Kuckhof-Projekt

5 Rolf P. Hennes, DWB Rheinland-Pfalz
– PYDNA – Konversion der ehemaligen Raketenstation
– Konversion „Weiße Kaserne" Zweibrücken

6 Marlen Dittmann, DWB Saarland
– Veränderungen in der Wohnstadt Überherrn

7 Jochen Rahe, DWB Hessen
– Sanierung und neue Nutzung des ehemaligen Henry-und-Emma-Budge-Altenheims

8 Bernhard Schmitz, DWB Hessen
– Agenda-Prozeß – verbindlich?

9 Margot Tränkle, DWB Baden-Württemberg
– Kinder sehen ihre Stadt. Eine Aktion in Stuttgart

1

Eine Arbeitsgruppe des **DWB Bayern** bereitet zur Zeit eine **Information** in Form eines Leporello vor (ist inzwischen erschienen). Darin wird mit Hilfe einiger ausgewählter Zitate die Werkbundgeschichte im Ablauf der Jahrzehnte seit 1907 bis heute gezeigt. Gleichzeitig wird programmatisch begründet, daß sich die Moderne weiterentwickelt, auch in der Frage der Qualität von Umweltgestaltung. „Da sich aus der klassischen Moderne nichts mehr von selbst versteht, heißt das Ziel: **Erfindung von Qualität.**"

Daraus entwickelt der bayerische Werkbund drei Schwerpunkte: **„Gestalt und Energie", „Zeitgeist und Erbe", „Arbeit und Arbeit".**

Mit dem letzten Titel ist die Überwindung der verregelten Routinearbeit zugunsten eines immer stärkeren Zusammenhangs von Arbeit und Phantasie gemeint. Phantasie bedarf des Rahmens, sich frei zu entfalten. Sie gehört zum „Handwerkszeug" des Gestalters wie der komplexer werdenden Arbeit insgesamt. Aus dem Zusammenhang von Arbeit und Phantasie ist Qualität immer wieder neu zu bestimmen, zu entwickeln und muß sich in der Nutzung der Produkte und Verfahren bewähren.

Titelseite der Broschüre

Auszüge aus der Broschüre:

„Qualität und Alltag und Kultur – in diesem Dreieck bewegen sich Werkbundmitglieder heute noch genauso wie 1907. Das frühe Pathos ist einer zeitgemäßen Nüchternheit gewichen. Die Krise der Moderne hat den Werkbund längst erreicht, die dramatischen Veränderungen der gesamten Arbeitswelt verlangen auch von ihm neue Orientierung. Überall in der Gesellschaft sind Aufbruchstimmung und utopischer Glaube verschwunden, dafür macht sich Gleichgültigkeit breit, bestenfalls leise Nostalgie. Der Werkbund ringt weiter um Verbindlichkeit. Seine Mitglieder glauben zu wissen, wo sie nicht leben und arbeiten wollen – in einer Welt ohne Kultur, einer Gesellschaft ohne Werte, in einer zerstörten Natur. Genug für einen alten jungen Verein?"

„(Man) wird sehen können, daß es keine ‚speziellen' Fragen gibt, die isoliert erkannt oder gelöst werden können, da alles schließlich ineinander greift und voneinander abhängig ist.
Wassily Kandinsky in seinem Essay **‚und'** 1927. Im Tonfall schon fern, hat er an Bedeutung nichts verloren. So wenig, daß der Soziologe Ulrich Beck damit sein Buch ‚Die Erfindung des Politischen' eröffnet. Jene Frage nach dem **und,** die Kandinsky als Signum des Jahrhunderts der Moderne erkannte, sei noch lange nicht gelöst und werde Aufgabe des 21. Jahunderts sein.
Und meint verbinden, überbrücken, vermischen, durchdringen, möglich machen. Globale Dimensionen und Interdisziplin. Es steht gegen Abwehr, Ausschluß, Provinzialismus und jede Form von Fachidiotie. Sein offener Charakter ist seine Qualität – **und** bringt zusammen, was Welten auseinander liegt. Es kann schrecklich diffus sein, macht aber auch erfinderisch.
Und ist ein tragendes Element für den Werkbund, eines seiner Arbeitsprinzipien, Haupttenor eines öffentlichen Auftritts."

„Phantasie sollte überall an der Arbeit sein, meistens ist das Gegenteil der Fall. Strukturen ersticken Ideen, Hierarchien bremsen den Schwung, Marktgesetze erzeugen Opportunismus, Routine lähmt.
Kapital des Werkbunds ist beides, Arbeit und Phantasie. Die tägliche Produktion der in ihm versammelten Gestalter und Künstler – und ihr Ideen-Brennstoff. Für den Gestalter gehört die Phantasie zum Handwerkszeug; der Werkbund will ihre Ausgangsposition verbessern. Jeder einzelne setzt immer wieder seine ganze Neugier ein, um einen guten Einfall zu haben. Allzu leicht verfällt er jenem Phlegma, das aus der nötigen Ordnung des Alltagslebens kommt. Der Werkbund sieht seine Aufgabe darin, Phantasie und Arbeit freizusetzen.
Die Bedingungen der Arbeit unterliegen radikalen Veränderungen. Der Soziologe Richard Sennett spricht von Drift, um unsern Alltag zu beschreiben: Karriere, Lebenslauf, Identität lösen sich auf, der Alltag wird radikal anders. In diesen dramatischen Prozeß greift der Werkbund ein, indem er versucht, einen Begriff von Qualität zu setzen, der über die Fragen nach Sinn und Perfektion hinausgeht. In welchem Umfeld handeln wir? Wie wollen wir etwas tun, wohin kann es führen? Wen ziehen wir zu Rate? Einen Begriff von Qualität, der offener ist, aber auch verbindlich genug, daß er in Zukunft trägt.
Phantasie ist Arbeit, Werkbund ist Arbeit. Soll diese Arbeit auch künftig etwas bringen, müssen wir wieder dem Charme der Veränderung erliegen."

2

Der **DWB Sachsen**, vor wenigen Jahren erst gegründet, verschafft sich in einem wirtschaftlich und sozial besonders schwierigen Feld von Bedingungen seine Wirkungsbasis. Da ist Leipzig mit großen Entwicklungsimpulsen einer modernen Wirtschafts-, aber auch Kulturstadt (neue Messe, Verlagsstadt). Da ist Dresden mit seinen historisch geprägten Bindungen bis hinein in die berühmte Stadtgestalt – und mit dem kaum weniger berühmten Dresden-Hellerau und den Deutschen Werkstätten.

Die Affinität von Hellerau und Werkbund hat dazu geführt, daß der Sitz der Werkbund-Geschäftsstelle dort mit Hilfe von Förderern eingerichtet werden konnte. Dort gibt es auch die Möglichkeit von Ausstellungen und Raum für Veranstaltungen. All das beginnt zunächst ebenso sensibel in der Erkundung einer angemessenen Aufgabenstruktur wie bescheiden in der Ausstattung mit Arbeitsmitteln. Keine schlechte Situation, denn sie erfordert das ganz persönliche Engagement der Mitglieder.

Exemplarisch mag eine Ausstellung von **Zeichnungen im Werkbundhaus Hellerau sein: „Stadt- und Landschaftsbilder"**. Dazu Maria Obenaus, Dresden:

„Es liegt nahe, an einem Ort, dessen ursprüngliche Poesie und Lebensqualität in besonderer Weise die Zeichnungen von Heinrich Tessenow vermitteln, an das ureigenste Ausdrucksmittel des Architekten – die Skizze, die Zeichnung – zu erinnern.

Die Ausstellung ‚Stadt- und Landschaftsbilder', gestaltet von Mitgliedern und Freunden des Deutschen Werkbunds Sachsen, möchte aber auch in Zeiten der Überflutung unserer Sinne durch die Wechselbilder der Medien auf das einfache Mittel der Skizze, der Zeichnung aufmerksam machen.

Selbst auf kleinstem Raum, der oft nur aus einem Blatt eines Skizzenblocks besteht, tut sich ein Universum auf. Die Linie wird zur Handschrift:

Ist sie gleichmäßig, ruhig, konzentriert geführt oder schnell und spontan? Drückt sie Härte oder Weichheit aus? Verändert sich die Helligkeit in ihrem Verlauf? Beschreibt die Linie die Umrisse von Formen: Gebäuden, Silhouetten oder Bäumen? Gliedert sie diese, schafft sie Verdichtung oder Lockerung, läßt sie Freiräume für Phantasie? Oder formt sie Bau-Körper und Stadt-Räume mit Licht und Oberflächenplastizität als Schraffur?

Wie einfach sind die Mittel: Ein Blatt Papier (Hans Döllgast empfahl sogar Kästchenpapier aus einem Rechenheft) und ein weicher Bleistift, eine Feder und etwas Tusche oder ein Rapidograph genügen.

Der sich darauf einläßt, Papier und Stift, vielleicht auch Farbe in die Hand nimmt, sieht intensiver, empfindet und erlebt nachhaltiger. Das Gesehene prägt sich durch das Zeichnen im Gedächtnis ein. Und nicht nur das Gesehene – auch die Wärme am Mittag, das Frösteln und die unbequeme Haltung unter einem Regenschirm, Bootsmotorengeräusch oder Kinderstimmen irgendwo auf der Welt. Sieht der Autor auf seine Notiz, so wird die Situation für ihn lebendig, sie kann nacherlebt werden – beinahe mit allen Sinnen."

Ruth Wagner, Blick auf die Prager Kleinseite

Maria Obenaus, Boddenweg in Ahrenshoop

Karlheinz Georgi, Dresden Hofkirche

3

Die Werkbund-Initiative des **DWB Nordrhein-Westfalen „Aus Hecken werden Häuser. Bauwerke als Baumwerke"** ist inzwischen „Ein Weltweites Projekt der Expo 2000". Es wird in historischer Herleitung, theoretischer Begründung und tatsächlicher Erscheinung im Rahmen der Expo 2000 mit seiner Vielfalt von ca. 40 Weltweiten Projekten buchstäblich ‚weltweit', nämlich mit Hilfe der neuen Übertragungs- und Kommunikationsmedien präsentiert.

Aus dem Informationsblatt für das Heckenprojekt:
„5000 qm hat die Stadt Bonn auf dem Gelände der Stadtgärtnerei Bonn zur Verfügung gestellt als ‚Naturbaustelle' für das Anlegen von Hecken, für das Gestalten und Bauen mit Weidenruten, für Durchdringung der Anlage mit Natur-Kunst. Erzieher/innen und Lehrer/innen können dort Erfahrung sammeln für die Errichtung von ‚Naturspielräumen' als Mittel der Umweltbildung.

Aus Hecken werden Häuser – das entspricht dem Traum von Kindern, wenn sie in Hecken Unterschlupf finden. Weidenruten recken und strecken sich zu Blätterhöhlen, zum Hohlweg, zum ‚Heckenhaus', zur gepflanzten Halle, zur Heckenkathedrale. Geschickte Konstruktion macht es möglich.

Und wer sich für Lebendbau und Natur-Kunst begeistert, erhält Anregungen oder Möglichkeiten zur Gestaltung, seien es Fachleute für Architektur, Gartenarchitektur, Biologie, Geographie, Natur- und Umweltschutz, Landwirtschaft, seien es Künstlerinnen oder Künstler, seien es an der Sache interessierte Bürgerinnen und Bürger.

Wer hier mitmacht und sich eigene Räume schafft, arbeitet im Dialog mit der Natur. Er erlebt, wie sie sich aus eigener Kraft entfaltet, und bringt sie durch behutsame Pflege in die gewünschte Form. Was hier entsteht, ist nie endgültig fertig, bleibt ein Prozeß, den zu erleben und zu lenken faszinierend ist.

Die Anlage kommt 1999 in die vierte Vegetationsperiode. Eine Initiativgruppe treibt das Projekt voran. Sie baut ein Netzwerk auf zur Beschaffung von Weidenruten. Sie kümmert sich um Weiterentwicklung und Pflege der einzelnen Objekte und der Gesamtfläche. Sie bringt das Projekt in die Lokale Agenda 21 ein. Sie betreut Besuchergruppen, die bereits von nah und fern kommen, um Informationen für eigene Experimente zu sammeln. Sie bereitet das Gelände für die Expo 2000 vor. Sie greift Ideen auf und entwickelt neue Ideen, z.B. für Rankzelte, Anlagen zur Wildbienenpflege, Permakultur sowie ein Kräuterlabyrinth."

So entstand kürzlich auch das Pflanzenhaus „Schneller Brüter" der AG Lebendiges Bauen, Höxter, eine Konstruktion aus Weidenrutenbündeln und einzelnen Weidenruten in Form eines sehr großen Vogels.

Zu der Arbeitsgemeinschaft haben sich Studentinnen und Studenten der Fachhochschule Paderborn zusammengefunden, welche in Höxter Landespflege studieren. Sie sind begeisterte „Lebendbauer", die schon eine große Anzahl von derartigen Naturbauten errichtet haben.

„Die Gruppe kam nicht mit einem fertigen Entwurf, sondern arbeitete spontan und ließ sich vom Ort inspirieren. Aus Gesprächen und dabei gefertigten Modellen ergab sich die Idee des Vogels

als Zeichen einer Phantasie, die auch beim Bauen keine Grenzen kennt. In einer konzentrierten und reibungslosen Arbeit Hand in Hand entstand dann über drei Tage hinweg die sehr komplex gegliederte Anlage, in der sich sogar zwei Ruhebänke befinden. Nach Vollendung erfolgte die Taufe auf den Namen ‚Schneller Brüter' als Akt hintergründiger Ironie.

Eine wesentliche Bereicherung für den schönen alternativen Park stellt die Natur-Kunst dar. Eines ihrer Themen bildet die künstlerische Auseinandersetzung mit den atmosphärischen Erscheinungen vor Ort. Dazu hat die renommierte italienische Künstlerin Laura Castagno einen wesentlichen Beitrag geleistet. Ihr Pegasus-Objekt stellt sich dem Wind entgegen, der auf diesem Gelände viel spürbarer ist als im übrigen Bonn. In ein übermannshohes Gestell aus weitmaschigem Baustahlgitter hat sie schmallange schwarze und weiße Holzlamellen in kühnen Schwüngen eingezogen. Sie bewegt der Wind und an ihnen zerrt er wohl auch, um sie herauszureißen. So entsteht die Anmutung des Pegasus, wie er in einer Windsbraut geflogen kommt. Es ist das zweite Windobjekt auf dem Gelände, neben dem ‚Klangfeld' von Barbara Francken, welches den Wind hörbar macht." (aus dem Informationsblatt)

Und doch geht es bei dem Projekt nicht primär um Kunst und Gestaltung, sondern in einem viel umfassenderen Sinn um ökologische Systeme, wie sie sich bewährt haben und auch in Zukunft notwendig gebraucht werden. Hecken haben „Aufgaben", sie dienen z.B. dem Schutz der Ackerkrume vor Winderosion, der Befestigung und Begrenzung und Verschattung von Wegen, vielen Tieren und Pflanzen als idealer Ort von Lebensgemeinschaften. Oft parallel mit Wassergräben verbunden, ermöglichen sie einen heute ganz ungewöhnlichen und schützenswerten Artenreichtum. In diesem Sinne wird letztlich ein europäischer Heckenverbund angestrebt, von Hecken geprägte kontinuierliche Landschaftsbänder. (siehe auch Seiten 297)

Hintergrund dieses Projekts ist auch das Memorandum „Ökologie und Arbeit" des DWB NW, das besonders auch die Vermehrung von Arbeit hervorhebt, wie sie durch ökologische Projekte, Strukturen und Verhaltensweisen entsteht.

4

Mit dem Projekt einer **Werkbund-Siedlung Kuckhof** ((südlich Neuss-Allerheiligen) wagt sich der DWB NW erneut an die Entwicklung eines Siedlungsprojekts, von Werkbundmitgliedern betont nutzerorientiert konzipiert. In der Tradition der Werkbundsiedlungen stehend, bilden doch zeitgenössische Kriterien experimentellen Bauens den Rahmen für die Konzeptfindung.

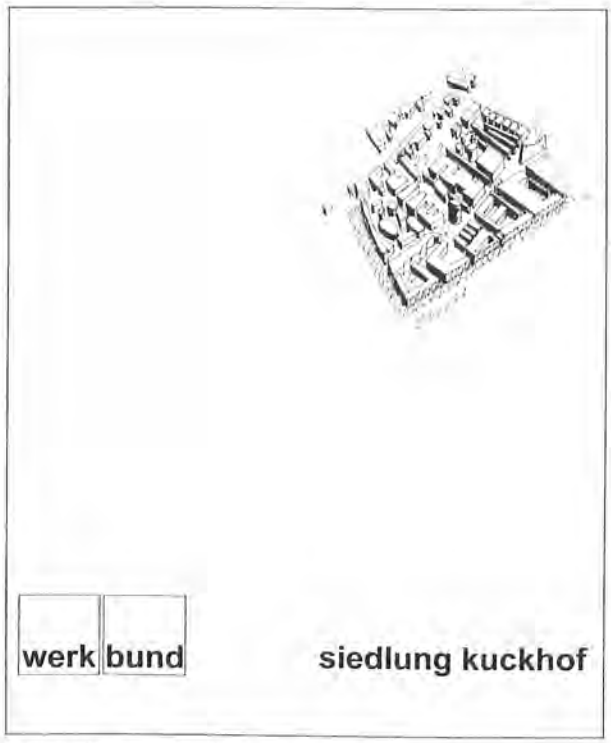
Aus der Informationsbroschüre:
„Die Werkbundsiedlung Kuckhof soll unterschiedliche Wohnformen nebeneinander verbinden, - in Wohnbereichen Arbeits-, Freizeit- und Sozialnutzungen integrieren, - Abgrenzungs- sowie Verbindungsmöglichkeiten zwischen privaten, halböffentlichen und öffentlichen Bereichen aufzeigen, - einer Nutzermischung Platz bieten, - Selbsthilfemöglichkeiten eröffnen (Alleinerziehende, kinderreiche Familien, Frauenselbsthilfegruppen), - über die Planergruppe Betreuungsformen entwickeln bzw. vorschlagen und ggf. daran mitwirken, - Beteiligungsmöglichkeiten bei der Planung sowie der Erstellung der Gebäude anbieten, - in der Nähe von Sondereinrichtungen soll eine Nutzung vorgesehen werden für Menschen bzw. Menschengruppen, die besonderer Betreuung bedürfen, z.B. alte Menschen, Langzeitarbeitslose, Strafentlassene, Waisen, unheilbar chronisch Kranke, und andere."

Als ökologische Aspekte werden besonders herausgestellt:
„Flächensparende Bebauung – Ausgleich für überbaute Flächen auf begrünten Dächern – möglichst geringe Versiegelung – Fassadenbegrünung in großem Maßstab als Sonnen- und Witterungsschutz sowie zur positiven Beeinflußung des Mikroklimas – fortschrittliches, möglichst genau auf die Siedlung zugeschnittenes (dezentrales) Ver-und Entsorgungskonzept – Energieversorgung auf Basis von regenerativen Energien – Grauwassernutzung, eventl. Kompostklos – Schmutzwasserklärung vor Ort – Regenwasserversickerung, geringe Kanalquerschnitte – eventl. Trinkwasser aus Grundwasser – Selbst- bzw. regional bezogene Versorgung mit Lebensmitteln – landwirtschaftliche Höfe und Gärten in der Nähe der Siedlung."

Auch „telematische" Möglichkeiten (Internet, Homebanking, Wohnen und Arbeiten etc.) wurden für die Siedlungskonzeption diskutiert.

Ein prozessuales Vorgehen, ein offenes Planungskonzept, Partizipation und Unterstützung der daran beteiligten zukünftigen Nutzer sollen Vorbereitung und Realisierung prägen. Trotz Aufgeschlossenheit der Gemeinde gegenüber dem Projekt ist bis heute die Realisierung zusammen mit einem Träger bzw. einer Trägergemeinschaft offen.

Die Hindernisse bei der Durchsetzung solcher ganzheitlich konzipierten Siedlungsprojekte – auch der DWB Bayern hat solche Erfahrungen gemacht – bedürfen unbedingt einer grundsätzlichen Diskussion.



Titelseite der Informationsbroschüre

Qualifizierte **„Einmischung"** ist ein Arbeitsprinzip beim **DWB Rheinland-Pfalz**. So wurde auf die Begrenzung des Gesteinsabbaus im Steinbruch Trechtingshausen der Hartsteinwerke Sooneck hingewirkt, der im **Mittelrheintal die Landschaft** empfindlich stört – zudem in einer Phase, in der das Land Rheinland-Pfalz alle Anstrengungen unternimmt, das Mittelrheintal als „Unesco-Weltkulturerbe" durchzusetzen.

Auch in der Frage des **„ZDF-Medienpark" – Projekts** in Mainz wirkte der Werkbund in aller Deutlichkeit auf die Entscheidungsträger ein, Planungsvorgaben und Umweltschutz zu berücksichtigen, die Zumutbarkeit des Projekts für die betroffene Bevölkerung zu überprüfen und auch Alternativen zu erarbeiten.

Zum Schwerpunkt der Arbeit ist das Thema **„Konversion"** geworden, bezogen auf umfangreiche Liegenschaften, für die nach Beendigung militärischer Nutzung nur schwer eine qualifizierte zivile Nutzung zu entwickeln ist.

Darin nicht nur ein Problem, sondern auch eine Chance für Gestaltung und „Reparatur" von Stadt und Landschaft zu erkennen, ist das besondere Werkbund-Anliegen.

So hat der Werkbund RP - oder einzelne seiner Mitglieder – bereits viele Aktivitäten entwickelt, insbesondere ehemalige militärische Liegenschaften gesucht, bei der vorbildliche, interdisziplinär und ganzheitlich entwickelte Konzeptionen erarbeitet werden können.

PYDNA – ehemalige Atomraketenstation im Hunsrück.
„Die PYDNA, ein ehemaliges ‚Tabu-Gebiet', zu dem die Bevölkerung keinen Zugang hatte, umfaßt eine Fläche von ca. 37 ha, davon ca. 4 ha für den ehemaligen Hochsicherheitsbereich, wo in 6 Schutzbauten 96 Marschflugkörper (cruise-missiles) stationiert waren. In den übrigen Bereichen waren Unterkunfts-, Verwaltungs- und Werkstattgebäude untergebracht.

Die Anlage wurde 1984-1986 gebaut und 1985-1990 mit 96 Atomraketen bestückt. 1986 fanden dann aufsehenerregende Demonstrationen der Friedensbewegung und von Rüstungsgegnern statt.

Nach Verhandlungen mit der damaligen UDSSR und dem Abschluß des sog. INF-Vertrages am 8.12.1987 (Beseitigung der atomar bestückten Mittelstreckenwaffen) wurden von Ende 1987 bis Mitte 1990 alle 96 Mittelstreckenraketen abgezogen und verschrottet.

Von 1994-1996 fanden vergebliche Vermarktungsversuche der aufgelassenen Liegenschaft statt.

Zunächst entstanden 1994 und 1998 vorbereitend eine Reihe von Aktivitäten
- Werkgespräch des DWB RP in Frankfurt am Main, Rede von Bürgermeister Frey in Kastellaun
- Auftritt der Theatergruppe Theatret cantabile mit Nullo Facini (Szenenausschnitt aus ‚La Citta Dolente' nach Dantes göttlicher Komödie)
- Aufführungen des Stationenspiels ‚La Citta Dolente', Inszenierung Nullo Facini und theatret cantabile, 2 Installationen von Prof. Ursula Bertram im Gelände und den Gebäuden der PYDNA.
- Antrag des DWB RP an die Kulturstiftung des Landes RP zur Förderung einer Projektstudie für die Umnutzung der Liegenschaft (Broschüre). Der Antrag wurde abgelehnt.
- Anfrage der OFD Koblenz bei DWB RP wegen Mitwirkung bei der Entwicklung eines Konzeptes für die PYDNA.
- Entwicklung eines Nutzungskonzeptes mit städtebaulichem Rahmenplan (Broschüre) durch den DWB.

Titelseite der Informationsbroschüre mit einer Luftaufnahme des Gebäudes

Ziel für die Projektgruppe des Landesverbandes war es, die Liegenschaft wegen ihrer besonderen Bedeutung im ‚Kalten Krieg' stärker in das Geschichtsbewußtsein der Bevölkerung zu rücken und sie durch eine verantwortungsvolle Zukunftskonzeption
- als Ort der Geschichte
- als Ort der Kommunikation und Kooperation und
- als Ort einer friedlichen Zukunftsgestaltung

mit Inhalten zu füllen. Durch das Bewußtmachen der Aspekte von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft soll die PYDNA zu einem lebendigen Ort der aktuellen und zukünftigen Geschichte werden.

Oberfinanzpräsident Laube von der OFD Koblenz beabsichtigt, dem ‚Konversionskabinett' des Landes Rheinland-Pfalz die Gründung einer Stiftung vorzuschlagen, bei der regionale, deutsche, internationale (europäische, amerikanische, russische) Institutionen sowie Friedens-und Konfliktforschungs-Einrichtungen beteiligt sein sollen." (aus der Informationsbroschüre)

Ehemalige WEISSE KASERNE ZWEIBRÜCKEN
Bei der Suche nach einer geeigneten ehemaligen militärischen Liegenschaft, die eine vorbildliche, interdisziplinär entwickelte Konzeption für eine „Werkbundsiedlung der Neuzeit" herausfordert, wurde der Werkbund RP mit der „Weißen Kaserne" und dem engagierten Bauherrn Bernd Hummel fündig.

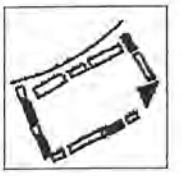
Das Projekt hat (wegen der Nähe zu Frankreich) den Namen „Quartier Ecologique" erhalten – es soll nach ökologischen und zukunftsweisenden technologischen Gesichtspunkten entstehen.

Das neue Stadtviertel von Zweibrücken soll Wohnungen (auch experimenteller Wohnungsbau für Junge und Alte), Büros, Praxen, Seminar- und Tagungsbereiche (z.B. VHS), Handwerksbetriebe, Gastronomie, Ökomarkt, Sport- und Freizeiteinrichtungen und nicht zuletzt ein Kulturzentrum (mit Galerie und Ateliers für Künstler und Kunsthandwerker) enthalten – so der Wunsch des ambitionierten Bauherrn, der bereits bei der Umnutzung einer ehemaligen Schuhfabrik in Pirmasens ein ähnliches Konzept erfolgreich durchgeführt hat.

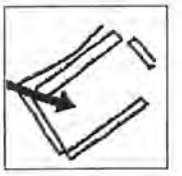
Die Projektgruppe des DWB Rheinland-Pfalz soll nach Absprache mit dem Bauherrn auch bei der Durchführung der Baumaßnahme als Beratungsteam zur Verfügung stehen, um die konsequente Umsetzung der mit dem Bauherrn entwickelten Ideen zu gewährleisten. Die laufende Planung wird vom Land Rheinland-Pfalz gefördert, um den vorbildlichen Umgang mit solchen Konversions-Liegenschaften zu demonstrieren.

1.
Erhaltung des Binnenraumes
als historisch/quartiertypische Konzeption

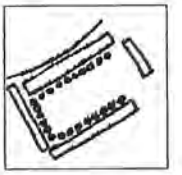
2.
Weitere städtebauliche Bezüge und Verknüpfungen mit der Stadt (Fußgängerbrücke, Anbindung Krankenhaus....)



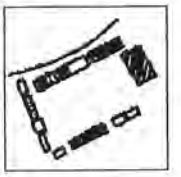
3.
Schließung der städtebaulichen Lücken zwischen den denkmalgeschützten Bauten als zweites neuzeitliches Gestaltungskonzept



4.
Prägnante Ausbildung des Zugangs von und zur Stadt



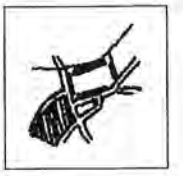
5.
Erhaltung der quartiertypischen Kastanienallee, gegebenenfalls Umstrukturierung



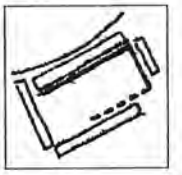
6.
Abschnittsweise Realisierbarkeit und abschnittsweise wachsende Infrastruktur

7.
Vollständige Regenwasserbewirtschaftung:
Brauchwassernutzung, Entsiegelung, dezentrale Rückhaltung, Versickerung, usw.

8.
Niedrigenergie-Konzept:
Solarenergienutzung, Photovoltaik, Kraft-Wärme-Kopplung, passive Wärmenutzung, Aktivierung von Speichermassen, nächtlicher Wärmeschutz, usw.



9.
Berücksichtigung der Nachbarschaft
„Rote Kaserne", erforderliche Absprachen



10.
Inneres Erschließungssystem:
Ringstraße oder Stichstraßen, Zusammenhang mit Quartierbereich

11.
Prägnante Ausbildung des Zuganges zum Kulturzentrum

6

Viele Wohnsiedlungen der 50er und 60er Jahre, die unter den restriktiven Bedingungen der frühen Nachkriegszeit entstanden, haben – besonders auch im Rückblick und nach einer ausreichenden Zeit der Eingrünung – durchaus eine gute Gestalt- und Wohnqualität entwickelt. Gleichwohl sind sie weit entfernt davon, in der Öffentlichkeit oder gar vom Denkmalschutz beachtet zu werden. Da diese Siedlungen jetzt in das „Sanierungsalter" kommen, sind sie unter dem Einfluß heutiger Standards mancherlei unverständigem Veränderungsdruck ausgesetzt.

So hat sich der **DWB Saarland** vorgenommen, die Aufmerksamkeit von Bewohnern, Öffentlichkeit und Entscheidungsträgern zum Beispiel auf die Wohnstadt Überherrn zu lenken.
Im Oktober 1963 begannen die Erschließungsarbeiten für das **„Demonstrativ-Bauprogramm Wohnstadt Überherrn"**. Eine Stadt für 20.000 Einwohner mitten auf dem Lande wurde geplant. Und obwohl bereits 1965 die erste Familie ihr Haus bezog, entstand schließlich, bedingt durch die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, doch nur eine Siedlung für 2.000 Bewohner. Wie kam es dazu?

„Ab 1957, nach der Angliederung des Saarlandes an die Bundesrepublik, sollte auch hier eine große Zahl von Flüchtlingen aus der damaligen DDR aufgenommen werden. Man entschied sich gegen ihre Verteilung auf eine Reihe von Orten und für die Errichtung einer eigenen Siedlung, die ihnen eine neue Heimat geben könnte. Zur gleichen Zeit planten die Saarbergwerke eine Umstrukturierung des Kohleabbaus und die Errichtung einer modernen Schachtanlage im Warndt.
Da man unter den Flüchtlingen auch eine Anzahl von Bergarbeitern vermutete, sollten diese in der neuen Grube Beschäftigung finden. Die Gemeinde Überherrn wurde als Standort der neuen Stadt gewählt. Sie lag in Grubennähe und verfügte über leistungsfähige Verkehrsverbindungen nach Saarbrücken, Saarlouis und Völklingen. Damit boten sich mögliche Arbeitsplätze auch außerhalb des Bergbaus.
1962 jedoch schien das Projekt zu scheitern. Zunächst versiegte mit dem Mauerbau in Berlin der Flüchtlingsstrom, dann sagten die Saarbergwerke wegen schlechter wirtschaftlicher Entwicklung des Kohlebergbaus ihre Beteiligung ab.
Die enorme Höhe der bereits investierten Gelder aber veranlaßte den Saarländischen Landtag, das „Demonstrativbauvorhaben Wohnstadt Überherrn" fortzuführen.
Die neue Planung teilte die Gesamtstadt durch Grünzüge in drei Stadtteile. Ein Stadtzentrum verbindet sie. Einzelne kleine Grünflächen wiederum gliedern die Stadtteile in überschaubare Nachbarschaften mit 300-400 Wohnungen. In der Mitte der Stadtteile sind Läden für den täglichen Bedarf vorgesehen, Spielplätze und Kindergärten finden ihren Ort wohnungsnah in den Grünflächen, Schulen und Sportanlagen liegen in den Grünzügen mehr am Rande der Stadtteile.

Vier Grundtypen bieten trotz der geringen Wohnfläche von 86 bis 156 Quadratmetern durch die ebenerdige Verbindung von Haus und Garten einen optimalen Wohnwert. Die Anzahl der Kinderzimmer läßt die Variation von bis zu acht unterschiedlichen Häusern zu. Der erste Grundtyp ist das sogenannte Teppichhaus, bei dem durch die schachbrettartige Aneinanderreihung der Häuser sichtgeschützte, in sich vollständig abgeschlossene Gartenhöfe entstehen. Ebenfalls eingeschossig und zum Garten hin orientiert ist der zweite Grundtyp, das Gruppenhaus. Hier schließen sich

Ein- und zweigeschossige Häuser der Wohnstadt Überherrn in intensiver Eingrünung

mehrere Häuser zu einer Gruppe zusammen. Die beiden anderen Typen stellen ein zweigeschossiges Reihenhaus mit einer Wohnung und ein solches mit zwei Wohnungen dar.
Bei allen Haustypen wurden die gleichen Bauelemente benutzt: Flachdächer schließen die Bauten ab. Sichtbetonwände korrespondieren mit gelbem Ziegelmauerwerk und dunklen Holzverschalungen.
Das gleichwohl keine monotone Siedlung entstand, liegt an der Gruppierung der Häuser. Man findet Wege, Straßen und Plätze von je individuellem Aussehen, die sich schluchtartig verengen, sich weiten, begrenzt werden von Mauern oder hohen Hecken, die Einblick erlauben in gepflegte Gärten, vorbeiführen an aneinandergereihten Hauseingängen, von Baumreihen gesäumt, sich auf kleine Plätze öffnen.

Heute verändern den Anblick häufig individuelle Zutaten, dennoch wird noch das einheitliche Bild bewahrt. Aber es besteht ein erheblicher Veränderungsdruck, der wohl auch von der in den letzten Jahren entstandenen Nachbarschaft III ausgeht. Die Landesentwicklungsgesellschaft LEG erstellte dafür einen Bebauungsplan mit Grundstücken unterschiedlicher Größe. Die freistehenden, sehr individuell ausgeführten Einfamilienhäuser mit den unterschiedlichsten Dachformen sind auch mit dem Auto zu erreichen. Das ursprüngliche Konzept ist hier nicht mehr bewahrt. Und augenblicklich ist die LEG dabei, einen Bebauungsplan für eine weitere Nachbarschaft aufzustellen, der das äußere Erschließungssystem vollständig aufgibt.

Die von einzelnen Eigentümern geforderte Aufstockung mit Satteldächern konnte zwar abgelehnt werden, auch mit Hilfe einsichtiger Bewohner. Der Anbau individueller Wintergärten wird jedoch genehmigt. Für die Wohnstadt Überherrn existiert eine Bausatzung, sie wird aber weitgehend nicht befolgt. Der Versuch des Landeskonservatoramtes, die Siedlung unter Denkmalschutz zu stellen, scheiterte vorerst.

Aber das wäre für den saarländischen Werkbund auch keine Lösung, denn bauökologische und sozioökonomische – positive – Veränderungen sind nach dreißig Jahren Betrieb notwendig. Eine adäquate Weiterentwicklung ist möglich und wohl auch nötig. Wir möchten den Bewohnern Wert und Vorbildcharakter ihrer Siedlung klar machen und so bei ihnen eine Bewußtseinsänderung herbeiführen, die sie in Zukunft sensibler mit dem Bestand umgehen läßt." (Marlen Dittmann)

7

Die frühe **Moderne** der Architektur, beispielsweise die Bauten der 20er Jahre des Neuen Frankfurt, muß immer noch in ihrer hohen kulturellen Wertigkeit erklärt werden: als Suche nach einem Optimum an Gebrauchstüchtigkeit wie als konsequenter ästhetischer Purismus, der sich durch die Vielfalt der Möglichkeiten und überraschenden Lösungen doch immer wieder neu darstellt. Erst durch die nachträgliche bauliche Verballhornung aus Unverstand oder durch die überschwemmende Banalität einer billig herzustellenden Scheinmoderne sind diese frühen Gebäude des 20. Jahrhunderts mißverstanden worden und oft auch der Fürsorge des Denkmalschutzes entgangen.

Im Falle des **Henry-und-Emma-Budge-Heims** ging es dem **DWB Hessen** um dreierlei:
- um die respektvolle Restaurierung,
- um eine für die Zukunft des Gebäudes tragfähige Nutzung
- und um den Beweis der Möglichkeit zur Nutzungsänderung ohne Zerstörung der Architektur.

Das Henry-und Emma-Budge-Heim, ein in seiner Zeit fortschrittliches Altenheim, 1930 je zur Hälfte von jüdischen und christlichen Einwohnern bezogen, ist ein herausragendes Beispiel der Moderne und des Neuen Frankfurt der Ära Ernst May (Architekten: Mart Stam, Werner Moser, Ferdinand Kramer). Und es steht unter Denkmalschutz. Es wurde im Oktober 1998 durch die Bundesvermögensverwaltung öffentlich zum Verkauf angeboten.

Der Werkbund Hessen hat sich mit einem Expertengespräch, einer Pressekonferenz und schließlich im September 1998 mit einer Veranstaltung im Gebäude selber für den Erhalt wie für eine sozialorientierte, dabei möglichst gemischte Nutzung engagiert.

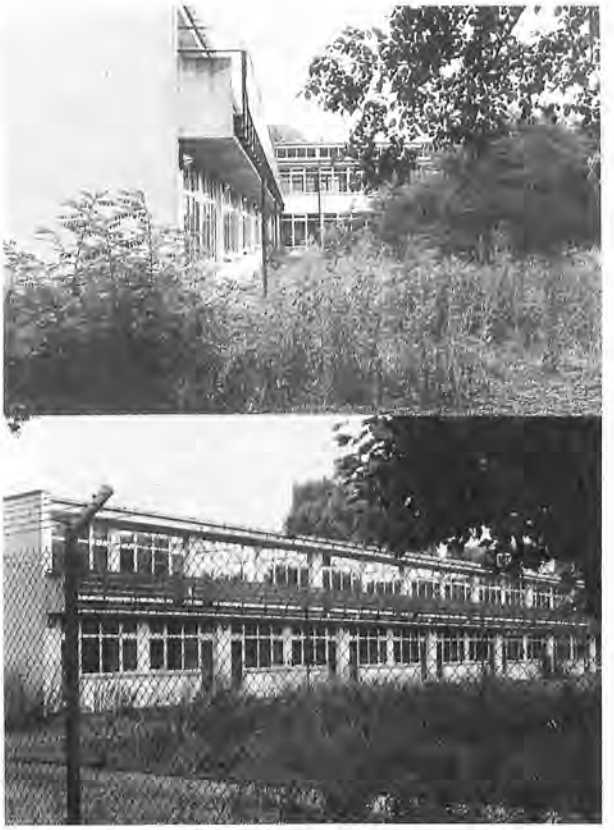
Viele Institutionen, Banken und Politiker wurden vom Werkbund Hessen informiert und um Hilfe gebeten. Die Antworten waren sämtlich sehr engagiert für einen Erhalt, für eine sorgfältig abgestimmte Planung und Nutzung. Niemand will das Gebäude durch Investitionsdruck gefährdet sehen. Oberbürgermeisterin Petra Roth hat in einem Schreiben an den Werkbund betont, daß Denkmalschutz und Einhaltung des Bebauungsplanes für die Stadt Bedingung für Nutzungsgenehmigungen sein werden. In einem Brief an Bundesfinanzminister Lafontaine hat die SPD-Bundestagsabgeordnete aus Frankfurt am Main, Gudrun Schaich-Walch, an die Verantwortung der öffentlichen Hand, gerade auch im Hinblick auf die Stifter Henry und Emma Budge und die Nutzung durch jüdische und christliche Bewohner, erinnert. Im hessischen Landtag gab es dazu eine Kleine Anfrage.

Inzwischen hat ein Heidelberger Investor, der das höchste Gebot abgegeben hatte, den Zuschlag erhalten. Er plant, dort ein Altenwohn- und Pflegeheim einzurichten.

Das Henry-und-Emma-Budge-Heim ist zu Recht zu einer öffentlichen Angelegenheit geworden. In diesem Rahmen gilt es, die beste Lösung zu finden.

Prof. Lore Kramer in ihrem Vortrag am 6. September 1998: „Das Henry-und-Emma-Budge-Heim verdankt seine Entstehung diesen beiden großzügigen und engagierten Stiftern.

Die Stadt Frankfurt hatte den Bauplatz in Erbbaurecht, Hauszinssteuerhypotheken und zusätzliche Mittel durch Darlehen einer



Der heutige Zustand des Heimes hinter Stacheldraht. Äußerlich ist das Gebäude noch relativ gut bewahrt.

städtischen Körperschaft zur Verfügung gestellt und sich verpflichtet, die Unterhaltskosten des Heimes mitzutragen.

Überlegungen und Diskussionen über die zukünftige Nutzung dieses unter Denkmalschutz stehenden Gebäudes müssen ohne Zweifel diese Fakten sowie Motivation und Ziele der damaligen Stifter miteinbeziehen."

Durch die vordergründig auf den größten Gewinn zielende Ausschreibungspraxis der Bundesvermögensverwaltung kam allerdings ein schon weitgehend geplantes Konzept nicht zum Zuge, das sozialorientiert verschiedene Gruppen berücksichtigt hätte, z.B. Übergangswohnungen für Obdachlose, Studentenwohnungen, ein Hort für Kinder aus Sinti- und Romafamilien u.a. Diese Mischung wäre wohl im Sinne der Stifter gewesen. Es hätte sich auch eine Art Stadtteilzentrum bilden können.

Die jetzt angestrebte Nutzung als Altenwohn- und Pflegeheim knüpft ebenfalls an die sozialorientierte Tradition an. Unter den heutigen Standards und Vorstellungen vom Wohnen älterer Menschen, eben nicht als einseitiges „Altersheim", ist der gegebene Grundriß allerdings sehr problematisch.

Der Werkbund Hessen wird den weiteren Planungsprozess kritisch verfolgen.

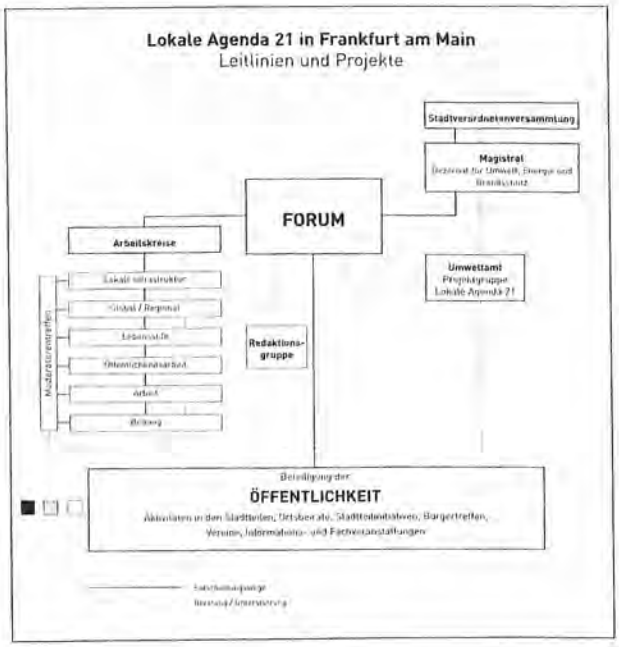
Der **DWB Hessen** wird sich mit einem Thema befassen, das weit in die Zukunft reicht. In fast allen großen und kleinen Städten und Gemeinden wird zur Zeit mit beträchtlichem Aufwand und Engagement diskutiert und dokumentiert, was **„nachhaltige Stadtentwicklung"** für die jeweilige Gemeinde konkret heißen soll. Dieser **„Agenda-Prozeß"** genannte Diskussionsvorgang, der Öffentlichkeit und fachliche wie gesellschaftliche Institutionen einbezieht, kommt 1999 an ein vorläufiges Ende.

Nachdem der hessische Werkbund die schon nicht mehr überschaubare Breite der Veranstaltungen z.B. in Frankfurt/Main beobachtet hat, drängen sich Fragen auf:
Hat es hier wirklich einen öffentlichen Prozeß der Meinungsbildung gegeben?
Wie gehen die Ergebnisse in Denken, Verhalten und Beschlüsse von verantwortlichen Institutionen, von Politik und Verwaltung ein? Und vor allem:
Wie werden Ergebnisse dieses Prozesses verbindlich für politisches Handeln?

Für den hessischen Werkbund liegt in diesen Fragen die Engstelle des ganzen Verfahrens. Nimmt man einmal einen ähnlich aufwendigen diskursiven Planungsprozess zum Vergleich – zum Thema Entwicklung des Frankfurter Grüngürtels, so stehen die überschäumende Darstellung und die Kläglichkeit der Ergebnisse in einem solchen Kontrast, daß er einer Warnung gleichkommt und ein gesundes Mißtrauen gegenüber sich allzu offensichtlich andienenden Demokratiespielen naheliegt.

Nun gibt es durchaus Beispiele und Modelle von Verbindlichkeit ohne die starre Hoheitlichkeit der Gesetzesebene. Die Frankfurter Wallservitude schützt den inneren Grüngürtel auf dem alten Bastionwall, Rahmenpläne sind in der Stadtentwicklung zu einem die Bauleitplanung ergänzenden Instrument geworden. Oder, allgemein, auch das Normenwesen, z.B. DIN oder RAL, üben in Deutschland positiv lenkende Funktion aus.

Hier muß weitergedacht werden, wenn die Agenda 21, Auftrag des internationalen Umweltkongresses in Rio de Janeiro 1992 nicht in ergebnislose Wichtigtuerei abgleiten soll.



9

„Kinder sehen ihre Stadt." Wie, wollte der **DWB Baden-Württemberg**, die **Stadtgruppe Stuttgart** genauer wissen. So, daß daraus möglicherweise auch konkrete Folgerungen und Empfehlungen an die Politik, Verwaltung und Planung entstehen. Es entwickelte sich ein umfangreiches, höchst lebendiges und auch lehrreiches **Projekt**. Lehrreich auch im Hinblick auf die Sensibilität, Urteilsfähigkeit und kräftige Artikulation von Kindern. Daraus ist inzwischen eine **Ausstellung und Dokumentation** entstanden.

Aus der PR-Information:
„Der Deutsche Werkbund hat in Stuttgart eine lange und gewichtige Tradition. Immer war er, mit unterschiedlich starker Präsenz, am Stadtgeschehen nachhaltig beteiligt (z.B. an der Entstehung der Weissenhofsiedlung). Die Stadtgruppe Stuttgart sucht heute neue Wege. Unsere Zeit stellt uns vor Fragen und Probleme, die sich nicht mehr allein mit gutem Design für industrielle Produkte oder mit einem ‚zweiten Weissenhof' beantworten lassen. Also wollen wir Meinungen, Sichtweisen, Emotionen von engagierten Menschen ermitteln." (Engelbert Rolli)

„Kinder brauchen ihre eigene Zukunft. Sie erben unsere Leistung, die gute wie die schlechte. Warum nicht damit beginnen, die Botschaft, die Meinung, das Wollen der Kinder aufzunehmen, es zu verstehen versuchen und in Zukunftsplanungen zu berücksichtigen. Lehrer haben die Kinder der verschiedenen Schulen bei dieser Aktion betreut. Im Herbst 1996 wurden an 70 Stuttgarter Schulkinder Einmalkameras verteilt (zur Verfügung gestellt von der Firma Kodak). Die Kinder waren alle im Alter zwischen 10 und 12 Jahren.
Die Kinder haben an die 900 Aufnahmen gemacht, die entwickelten Fotos in eigens vom Werkbund entworfene Bögen eingeklebt und Kommentare zu ihren Bildern dazugeschrieben. Gerade diese Kombination zwischen Fotografie und Kommentar macht die Sammlung besonders interessant, da Wort und Bild zusammen gute Einblicke in die kindliche Sicht- und Erlebnisweisen vermitteln.

Die Stadtbücherei hat die daraus entstandene Werkbund-Ausstellung spontan in einen schon ausgebuchten Terminplan eingeschoben und dem Werkbund attraktive räumliche Präsentationsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt. Die Mitarbeiterinnen der Stadtbücherei haben das Projekt aufgeschlossen, kompetent und mit vielen guten Ratschlägen begleitet. Die Koppelung der Werkbundausstellung mit dem gleichzeitig präsentierten CHILIAS-Projekt der Stadtbücherei erscheint als sinnvolles „joint venture", um den souveränen Umgang von Kindern mit Medien vorzuführen, ebenso ihre Aufgeschlossenheit, ihre rasche Lernfähigkeit und unkonventionelle Kreativität.
Im Rahmen von CHILIAS wurde dem Werkbund auch die Möglichkeit geboten, einige der Fotos aus der Serie „Kinder sehen ihre Stadt" in die neueröffnete virtuelle Kinderbibliothek im Internet einzugeben."

Inhaltliche Ergebnisse der Fotoaktion:
„Die Kinder haben sich in erstaunlichem Maß darauf eingelassen, vom allgemein gebräuchlichen Umgang der Kamera für private Erinnerungsfotos und Schnappschüsse abzurücken. Sehr oft haben sie den Fotoapparat ‚gegen den Strich' eingesetzt und ihn benützt, um das unscheinbare, oft auch häßliche Alltägliche zu

Postkarte als Einladung zur Ausstellung der Fotos und Kommentare

dokumentieren. Sie registrieren oft kleinste Details, das Nahe ihrer Alltagsumgebung liegt ihnen eindeutig näher als das große Ganze der Stadt. Und diese Nähe erfassen sie mit allen Sinnen: wo man was Gutes zum Essen kaufen kann, wo es ihnen buchstäblich ‚stinkt', wo es störenden Lärm gibt, wo man sich frei bewegen kann; wo es ‚schön' aussieht und wo nicht – die Bilder sind voll von solchen Sinneseindrücken."

„Der Werkbund BW zeigte in der Ausstellung eine Auswahl von etwa dreihundert Fotos mit Kommentaren. Diese Auswahl repräsentiert typische Motivgruppen und Themen, die immer wieder auftauchen. Dazu gehören z.B. der den Kindern sehr am Herzen liegende Schutz von Umwelt und Natur, der Erhalt charaktervoller Gebäude. Weitere Themen, die immer wieder angesprochen werden und deshalb in der Ausstellung auch eigene Kapitel bilden sind Verkehr, Spielplätze, Baustellen, Begegnungen mit Mitmenschen und Aktionen, immer wieder und hauptsächlich Aktionen, die es in der Stadt zu beobachten oder, noch besser, selbst auszuleben gibt."

„All diese Themen werden von einer sehr individuellen kindlichen Erlebnisebene her dargestellt und beurteilt. So heißt es z.B. bei einem Foto vom Stuttgarter Rathaus: ‚Hier gibt es die besten Aufzüge'. Solche erlebnishaften Zugänge findet man mit vielen öffentlichen Gebäuden und Plätzen verknüpft. Eine Lesung in der Stadtbücherei, ein Schulausflug in ein Museum – dabei wird nicht nur ‚Kultur' gelernt, sondern eben auch die Stadt mit ihren Gebäuden und Räumen hautnah und nachdrücklich erfahren. Um ‚daheim in Stuttgart' zu sein, dazu braucht es eben immer wieder Gelegenheiten, sich in möglichst freier Aktion in dem komplexen Stadtkosmos eigene Wege zu suchen, einen biographischen Stadtplan buchstäblich zu er-leben, der sich über das Raster des anonymen Stadtplans einer Großstadt legt. Brücken zu schlagen zwischen dem eigenen Leben und Erleben und dem Leben der Stadt – das wollen und können die Kinder sehr gut und aktiv dort, wo man sie läßt." (Margot Tränkle)

2. Tag 14. November 1998

Fotos: arge lola

Von der Industriegesellschaft zur Kulturgesellschaft – Arbeit im Wandel

Referate und Statements

Prof. Andreas J. Wiesand
Zentrum für Kulturforschung, Bonn
Zum Begriff Kulturgesellschaft

Angelika Arras
Syntropie – Stiftung für Zukunftsgestaltung, Basel

Theo Ballmer
Designer, Basel

Dr. Jürgen Uwe Ohlau
Kulturstiftung des Freistaates Sachsen, Dresden

Elftraud Reißig
Akademie für Gestaltung im Handwerk
der Handwerkskammer, Ulm

Sabine Süß
Projektleiterin Zukunft der Arbeit der EXPO 2000 Hannover

Heribert Wingenfeld
Betriebsrat Lufthansa System GmbH, Kelsterbach

Birgitta Wortmann
Galerie für Architektur und Arbeit, Gelsenkirchen

Walfried Pohl
Kunsthistoriker, Deutscher Werkbund NW, Bonn

Elmar Schüller
Design Zentrum Nordrhein-Westfalen, Essen

Thomas Kaiser
Institut für Energie- und Umwelttechnik, München

Dr. Joachim Brech
Wohnbund e.V., Frankfurt am Main
Zur Vision Kulturgesellschaft

Andreas J. Wiesand
Zentrum für Kulturforschung, Bonn

Zum Begriff Kulturgesellschaft

Aufgabe dieses Berichts ist es, nach dem Wunsch der Werkbund-Akademie, in den Begriff „Kulturgesellschaft" definitorisch einzuführen. Nach Möglichkeit sollte es dabei auch mit Beispielen aus der Kultur-, Gesellschafts- und Arbeitsmarktpolitik verknüpft werden, was anschließende Diskussionen und Planungen des Werkbunds erleichtern könnte. Wahrscheinlich hatte man sich dabei gedacht, daß einschlägige Veröffentlichungen des Zentrums für Kulturforschung (so insbesondere Karla Fohrbeck / Andreas Joh. Wiesand: Von der Industriegesellschaft zur Kulturgesellschaft?, 1989) es leichter machen könnten, derartige Brücken zu schlagen; allerdings sollten dabei die Fragezeichen nicht übersehen werden, mit denen die Verfasser den Begriff und dahinterstehende Konzepte am Ende bedacht haben.

Als das Zentrum für Kulturforschung vor gut 10 Jahren vom Bundeskanzleramt – Wolfgang Schäuble war dort damals der zuständige Minister – aufgefordert wurde, über dieses (angeblich von uns geprägte) Wort ein Gutachten und später sogar eine Publikation zu schreiben, hatte dieser „Programmbegriff", der seit Mitte der 80er Jahre vor allem in gesellschaftspolitischen Zusammenhängen auftauchte, nämlich den Zenith seiner Karriere schon fast überschritten.

Mißtrauisch hätte schon machen können, daß die Kulturgesellschaft – trotz meist anderer inhaltlicher Orientierung – oft synonym zu ähnlich geformten Begrifflichkeiten wie „Informationsgesellschaft" oder „Kulturstaat" verwendet wird. Die eher naheliegende Verwandschaft zur Theorie der „Zivilisation" – oder zur heute modischen, allseits als Ideal beschworenen civil society – wird dagegen seltener aufgegriffen. Bei noch geringer Reflexionsdichte in der wissenschaftlichen Literatur, wurde von der Kulturgesellschaft sei Mitte der 80er Jahre teilweise unterschiedlichen Akzentuierungen vor allem in (kultur-)politischen Kontexten gesprochen, z.B. in Reden, Planungspapieren und parteipolitischen Konzepten, wobei das gesamte parteipolitische Spektrum bis hin zu den Grünen vertreten war. Gemeinsamer Nenner in dieser Phase war die Berufung auf eine wachsende Ausdifferenzierung von „Lebensstilen", auf die allerdings inzwischen Marketing- und Sponsoringstrategien von Großbetrieben ebenso bauen wie etwa Städte und Landkreise, die sich durch ihre kulturelle Infrastruktur als Wirtschaftsstandort profilieren möchten.
Grundsätzlich lassen sich bei der Analyse zwei unterschiedliche programmatische Einsatzformen des Begriffs Kulturgesellschaft identifizieren:
Zum einen wird darunter eine, gelegentlich plakative, manchmal auch empirisch gestützte, aktuelle Zustandsbeschreibung gesellschaftlicher Verhältnisse, zunehmender Kulturaktivitäten der Bevölkerung oder weitgehend konkretisierter geistiger Maximen in Mitteleuropa gesehen. Je nach Orientierung geschieht dies entweder zur Bestätigung eines „abendländischen Kulturkonsens" oder als Markierung von Kulturpluralismus, letzteres teilweise in Verwandtschaft zu Entwürfen der „Postmoderne" oder zu Vorstellungen von einer (angestrebten) „multikulturellen Gesellschaft".

Auf der anderen Seite werden offene, gelegentlich fordernde Konzeptionen von Kulturgesellschaft vertreten, die kulturelle Dimensionen in zahlreichen Feldern von Gesellschaft (einschließlich Wirtschaft) eher prozeßhaft sehen, dabei unter anderem die Bedeutung künstlerischer Innovationen und Vermittlungsprozesse für eine offene, dynamische Gesellschafts- und Wirtschaftsentwicklung hervorheben.

Teilweise werden „ausufernde" Vereinbarungen der Kultur für gesellschaftspolitische Ziele (bzw. ihre Gleichsetzung mit künstlerischen Maßstäben) in letzter Zeit aber wieder stärker in Frage gestellt. Nach der deutschen Einigung spielen hier z.T. Erfahrungen aus der früheren DDR eine Rolle, beachtliche Minderheiten Ostdeutschlands sehen allerdings gerade in der Kulturpflege große Verdienste des „Arbeiter- und Bauernstaates" und es war ja auch kein Zufall, daß von dieser Seite Anfang der 90er Jahre – letzten Endes vergeblich – der Versuch unternommen wurde, eine sogenannte „Kulturpflicht" des Staates in einer neuen deutschen Verfassung festzuschreiben.

1. Der „erweiterte Kulturbegriff" und der verengte „Kulturstaat"

In den Kultur- und Sozialwissenschaften ist – abseits des heute gängigen marktwirtschaftlichen Primats – schon länger klar, daß wir seit mehreren Jahrhunderten im „Prozeß der Zivilisation" (Norbert ELIAS, 1969) eine „Verringerung der Kontraste" zwischen verschiedenen Gesellschaftshierarchien (oder -formen) bei gleichzeitiger „Vergrößerung der Spielarten" erleben. Dies deckt sich mit Ergebnissen der Kulturanthropologie (vgl. u.a. Claude LEVY-STRAUSS. Das Ende des Totemismus, 1965) ebenso wie mit Beobachtungen aus heutigen „Freizeitgesellschaften", etwa in den USA, über die Reduktion von kultureller Vielfalt („diversity") zugunsten kulturwirtschaftlicher oder ethnischer Spielarten und Stilformen („variety" – bezeichnenderweise zugleich der Titel für das Fachblatt des show business).
Solche Trends führen nach den Untersuchungen des ZfKf und anderer Institute dahin, daß ein wachsender Anteil von Menschen auch „gehobene" Formen der Freizeitgestaltung wie Museumsbesuche oder Bildungsreisen nicht mehr scheut: Früher behauptete, letztlich als Klassenschranken identifizierbare „Schwellenängste" oder „Kulturbarrieren" scheinen heute weitgehend abgebaut, jedenfalls, soweit nicht eine ständige oder gar fachmännische Beschäftigung verlangt wird. Seit den 80er Jahren kommt das Phänomen der von den Medien angeregten massenhaften Selbstinszenierungen hinzu: Musikspektakel, Modenschauen, Sportereignisse oder neue Kommunikationstechniken (Internet) gehören zu den Ereignissen, in denen ein Publikum zum Akteur werden kann. Oft ist der hier vermittelte „Lifestyle" allerdings schon ein Ergebnis sorgfältiger Marketingstrategien großer Unternehmen; die dabei eingesetzten „Events" und „virtuellen Bilder" sind dann durch ihre „Überfunktionalität" und „nichtauthentische Simulation" (J. BAUDRILLARD) nicht mehr als kulturelle Hervorbringungen i.e.S. zu werten.

Doch ist auch bei der Rezeption von Angeboten aus Kunst und Literatur, abzulesen etwa aus Ost-West-Vergleichserhebungen wie unserem „KULTURBAROMETER" (1990-95) oder der Studie „Kultur und Medien" von ARD und ZDF (1991) ein deutlicher Wandel empirisch nachweisbar. Drei Beispiele:

- Im letzten Jahrzehnt hat sich der Anteil der Besucher von Konzerten der sog. „E-Musik" und des Musiktheaters von 24% auf 50% der erwachsenen Bevölkerung praktisch verdoppelt. Allerdings hat dies viel mit dem „Musical-Boom" zu tun, der vor allem sporadische Nutzer anzieht, während der Anteil häufiger Besucher oder Abonnenten 1994 auf nur noch 9% statt früher 13% deutlich zurückging.
- Nach wie vor gehen pro Jahr etwa 8 mal mehr Menschen in Museen als in die Stadien der Bundesliga – dieser Zuspruch ist aber nicht zuletzt von ereignisträchtigen Großausstellungen abhängig und stagniert inzwischen bei gut 90 Mio. Besuchern.
- 1994 erschienen 70.000 neue Titel auf dem Buchmarkt und die Verlage erzielten 12 Mrd. DM Umsatz, von denen jedoch, trotz mancher Kritikerschlachten in den Feuilletons, nur ein Zehntel auf die Belletristik entfielen.

Kulturstatistiken und Nutzerstudien wie diese erlauben also die Feststellung daß in den einzelnen Kultursparten (abgesehen von der Unterhaltungs- und Rockmusik) weiterhin kaum mehr als ein Zehntel und insgesamt – je nach Definitionsbreite des Kulturbegriffs – ein Viertel bis ein Drittel der Bevölkerung zum „harten Kern" der Kulturkenner zu rechnen sind oder selbst in Kunst- und Musikvereinen aktiv sind. Weit über die Hälfte zählt dagegen zu jener Kategorie, die in der Literatur gerne als erlebnishungriger „Flaneur" charakterisiert wird, die also nur gelegentlich für interessante Angebote ansprechbar sind oder die gerne einmal an kulturellen Schaufenstern vorbeigehen. Hier liegt der Grund, warum z.B. eine Fernsehserie wie „1000 Meisterwerke" gerade wegen ihrer Kürze so erfolgreich bei den Zuschauern war.

Obwohl also die Nachfragestruktur sicher verbreitert und entsprechende Angebote sich sogar noch stärker vermehren, ist damit noch nicht die Tragfähigkeit des Konzepts Kulturgesellschaft belegt. Allein die häufige Verwendung eines Begriffs bedeutet ja nicht zwingend Klarheit in der Charakterisierung von Nachfragetrends oder anderen Tatbeständen. Möglich ist also, daß sich hier nur die forcierte Ökonomisierung, die „Inwertsetzung" aller Lebensbereiche mit wachsender Freizeit und Kaufkraft in bestimmten Bevölkerungsgruppen verbindet: So kann etwa bei Menschen im Bildungs- und Ausbildungsstadium, Angehörigen der Dienstleistungsberufe oder unter mobilen Senioren eine Schicht wachsen, die viele Varianten von Freizeitangeboten nutzt, ohne dabei mit mehr kulturellen Inhalten konfrontiert zu werden – denkt man etwa an die Video-Clips der Musikfernsehkanäle, könnte sogar eher das Gegenteil der Fall sein.

Andererseits ist eine Kultur- und Gesellschaftsvorstellung, die Bedeutungsvielfalt und ständige Innovation zum Prinzip erhebt und das Ganze mit dem Ideal individueller Selbstverwirklichung breiter Bevölkerungsgruppen verknüpft, in Europa allenfalls für die letzten Dekaden des 20. Jahrhunderts empirisch nachvollziehbar – was indirekt wieder für den neuen Begriff der Kulturgesellschaft spricht. Vorher hatte man sich auf „kulturtragende Schichten" wie den Adel und städtische Kaufleute, später auf das sogenannte Bildungsbürgertum gestützt sowie, als Kontrapunkt dazu, seit dem 19. Jahrhundert auch auf die kleine Bohème der Künstler und Intellektuellen.

In diesem Zusammenhang sollte ich noch kurz das ebenfalls in bürgerlicher Tradition geprägte, meist aber zugleich hegelianisch verrechtlichte Ideal des „Kulturstaates" ansprechen, in dem tatsächlich vor allem dem Staat selbst eine „Kulturgestaltungsmacht" zugeschrieben wird (so vor allem Ernst Rudolf HUBER: Zur Problematik des Kulturstaates, 1958). Dieses Verständnis taugt daher, worauf insbesondere Werner MAIHOFER (in: Handbuch des Verfassungsrechts, 1983) und Peter HÄBERLE (Verfassungslehre als Kulturwissenschaft, 1982) hingewiesen haben, eher als Kontrapunkt denn als Pendant zu Begriffen wie Kulturgesellschaft.

Ebensowenig gibt es natürlich eine Übereinstimmung mit noch weitergehenden Modellen der „Staatskultur": Zwar lassen wir mit der, oft überraschend gemächlichen, Auflösung staatssozialistischer Verhältnisse deren jüngere Spielarten allmählich hinter uns, dem Bild vom „Staat als Kunstwerk" aus der Renaissance (Jacob BURCKHARDT: Die Kultur der Renaissance in Italien, 1860), in dem individuelle Bildung, eine innovative Architektur und Malerei und ausgeprägter Sinn für die Inszenierung von Festen und künstlerischen Ereignissen in hoher Blüte standen. Ihnen hängen aber noch so manche Kunstgeschichtler und Feuilletonisten nach.

Rolf HOCHHUTH bemühte vor einigen Jahren (in der ZEIT vom 25.10.1985) bei einer Polemik gegen die Bonner „Banausenrepublik" sogar Metternich und Katharina die Große als Kronzeugen dafür, wie staatliche Mäzene sich um die Künstler und Schriftsteller ihrer Zeit verdient gemacht hätten. Vergessen wird bei solcher Larmoyanz, daß die künstlerischen und literarischen Ergebnisse solcher Fürsorge allein einer kleinen Schicht zukamen, die den größten Teil der Bevölkerung, darin eingeschlossen meist auch die Künstler, politisch fremdbestimmte, oft sogar militärisch unterdrückte.

2. Entwicklungen in den Künsten und im intellektuellen Diskurs

Unter Fachleuten scheint sich die Erkenntnis allgemein durchzusetzen, daß „Kultur" nicht nur als „schöner Schein" in einen „Überbau" ab- oder aufgehoben werden kann, daß sie vielmehr alle unsere Lebensäußerungen und gesellschaftlichen Verkehrsformen entscheidend prägt, bis hin zur Gestaltung und damit zum Absatz von Wirtschaftsgütern. Dies hat auch Einfluß auf die Künste, die am wachsenden Interessenspektrum durchaus mitbeteiligt sind, obgleich künstlerische Arbeit im heutigen Europa immer auch Rückbindung an selbstgesetzte Maßstäbe meint.

Elisabeth BAUSCHMIDT hielt in der Süddeutschen Zeitung vom 18.8.1987 fest: „Frei von Zwecken waren die Künste nie. Auch nicht im bürgerlichen Zeitalter, das die Vorstellung einer emanzipierten Kunst und des autonomen Künstlers als Anspruch erst formuliert hat und damit zugleich die Idee der Kunst als Entwurf einer Gegenwirklichkeit und das Bild vom Künstler als Bürgerschreck. Das Fatale an dieser Entwicklung: daß eben diese exponierte Stellung der Künste zu ihrer Funktion wird, daß sie erneut in Dienst genommen wird als Heilmittel gegen die Mangelerscheinungen einer technisch bestimmten, immer komplizierter werdenden Welt, als Reparaturwerkstätte für die Zivilisationsschäden, Entfremdung und Spezialistentum."

Damit und durch die abnehmende Chance, ein erlebnishungriges Publikum, das – mindestens im Fernsehen - schon alles gesehen hat, noch faszinieren zu können, stellt sich die Frage nach der Rolle, die Künstler und Intellektuelle in einer Kulturgesellschaft noch spielen können. Bislang galten sie als „Störfaktoren" oder als Seismographen für veränderungsbedürftige gesellschaftliche Zustände und schienen schon deswegen einer besonderen gesellschaftlichen Autonomie bedürftig.

Ob aber gerade die Intellektuellen – als die sich viele Künstler gar nicht verstehen – als „Gewissen der Nation" taugen können, ist oft bezweifelt worden. In einem Interview (DER SPIEGEL Nr. 4/1987) kommentierte der Schriftsteller Hans-Magnus ENZENSBERGER das Schicksal jener, die glauben „die gesellschaftliche Einsicht für sich gepachtet" zu haben, mit der Erwartung, ihnen werde „es in einer diffusen, dezentralisierten Gesellschaft nicht anders ergehen als den Politikern: Auch ihre Autorität wird relativiert, ihre privilegierte Position ist im Schwinden.... Eine Person wie Böll war ja kein historischer Zufall. Böll war die Gegenfigur zu Adenauer.... Ich glaube, es ist eine Vergesellschaftung solcher Rollen eingetreten. Wir haben Böll verloren. Aber dafür haben wir Amnesty und Grenpeace."

Sind solche „Vergesellschaftungen" nun ein weiteres Indiz für die These von der Kulturgesellschaft – schließlich erreichen „Greenpeace" oder „Amnesty International" tatsächlich Massenhafte Beteiligung an gelegentlich, nicht ungefährlichen Aktionen – oder sogar für das Gegenteil, weil solche Organisationen, die nach allen Regeln des modernen Marketings erfolgreich schlichte Formeln zu „verkaufen" wissen, eher unter dem Stichwort „Moral als Wirtschaftsfaktor" zu fassen sind?

Zunächst wird man heute wohl zwischen Künstlern und Intellektuellen unterscheiden müssen: Erstere (und ihre „Kulturmanager") haben fraglos weiter Konjunktur und Einfluß, letztere haben sich oft ganz aus dem öffentlichen Diskurs zurückgezogen. Jürgen HABERMAS zum Beispiel (Die neue Unübersichtlichkeit, 1985) sieht „die utopischen Energien aufgezehrt" und für ihn spiegeln die „Antworten der Intellektuellen nicht weniger als die der Politiker Ratlosigkeit", markieren das verlorene „Vertrauen der westlichen Kultur in sich selbst".

Ulrich GREINER hielt bereits in der ZEIT vom 18.9.1981 fest: „Die Macht der Intellektuellen schwindet. Einst zogen sie gegen das Unrecht zu Feld und beriefen sich auf Wahrheit und Moral. Heute sind die Intellektuellen verstrickt in das Machtsystem der Meinungsindustrie und ihr Wahrheitsanspruch ist brüchig geworden.

Doch ist auch die „Vergesellschaftung" der Künste kein so neues Phänomen. Schon in den 60er Jahren führte z.B. die Bewegung „Ästhetik in der Alltagswelt" zu der Einsicht, daß das „bisherige Publikum selbst zum Akteur werden" müsse (nachzulesen u.a. bei Bazon BROCK: Ästhetik als Vermittlung, 1977). „Avantgarden" der Kunst und in Teilen der Wissenschaft haben auch früher schon, meist im Gegensatz zu herrschenden Meinungen und Machtapparaten, das demokratische Urprinzip hochgehalten, nach dem kein Bereich der Öffentlichkeit ausschließlich „von oben" repräsentiert oder gar professionell monopolisiert werden dürfe.

Künstler wie Joseph BEUYS nährten, ähnlich wie manche Anthropologen und Psychologen, die Erwartung, daß Gesellschaft nicht aus einer anonymen Masse bestehen dürfe, sondern auf „mündigen Subjekten" und vielen lebendigen Teilöffentlichkeiten aufbauen müsse. Diese sollten sich der von Kunst, Wissenschaft und Kritik entwickelten Energien, Techniken und Beispiele bedienen lernen, um sich damit für die Gestaltung ihrer gesellschaftlichen Umwelt bessere Ausdrucksmittel und größere Durchsetzungskraft zu verschaffen.

Vorstellungen von einem „Kulturmonopol" der Künstler, auch die kunst-, musik- und literaturwissenschaftlichen Thesen zur „Autonomie" von Kunstwerken, sind ohnehin vergleichsweise neueren Datums: Im 19. Jahrhundert vollzog sich z.B. erst die für viele Länder bis heute nicht nachvollziehbare Trennung von U- und E-Musik und damit zugleich die „Abwertung der Alltagskultur" (Helga DE LA MOTTE-HABER). Intellektuelle sind als Systemtheoretiker heute am gesellschaftlichen Handlungsvollzug kaum noch beteiligt; viele Künstler helfen – über ihr konkretes Tun und ihre Rolle als Seismographen für aktuelle gesellschaftliche Befindlichkeiten hinaus – durch Leidenschaft und nicht primär intellektuelles Mitleiden oder durch neue Anschauungen und Identifikationsangebote an breite Bevölkerungskreise mit, Modelle zu schaffen und „Bewegungen" einzuleiten, die die Gesellschaft zu ihrer Entwicklung benötigt. Der unerwartete Zusammenbruch des DDR-Systems und ähnlich auch Umwälzungen in anderen totalitären Staaten sind nicht zuletzt diesen Fähigkeiten von Künstlern zu verdanken, die sie als Ferment in den Beziehungen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen qualifizieren.

In der „Risikogesellschaft" (Ulrich BECK, Risikogesellschaft, 1985) schwinden institutionelle Sicherheiten und soziale Homogenität; der Kulturbetrieb und seine Akteure werden dagegen zwar oft in Dienst genommen, können solche Defizite bisher aber nur punktuell oder vorübergehend kompensieren. Mit neuen Museumsbauten, einer wachsenden Zahl von Kunstpreisen, mit öffentlichkeitsorientiertem Kultursponsoring, in hunderttausenden von Objekten der Denkmalpflege oder z.B. mit „der Kunstmesse als dem eigentlichen Gesamtkunstwerk der bürgerlichen Marktwirtschaft" (Walter GRASSKAMP: Die unbewältigte Moderne, 1989) konkurrieren die Künste oft schon mit Politik und Wirtschaft um die Bereitschaft der Menschen zur Identifikation mit Räumen, Anschauungen oder Produkten. Selbst dezidierte religiöse Praxis ist für viele ohne Mystik und Gestaltungskraft der Kunst kaum noch vorstellbar (vgl. etwa die „Kunststation St. Peter" in Köln).

Der frühere Bundespräsident Richard VON WEIZÄCKER betonte im ARD-Fernsehen am 18.1.1986 „wie ungut es wäre, wenn wir zwischen Kulturlandschaft und politischer Landschaft, zwischen geistigen und künstlerischen Fragen einerseits und sozialen Fragen andererseits allzu sehr trennen... Geist und Kultur bedeutet für unsere Identität und Lebensführung mehr als uns bewußt ist".

Bei dieser Sicht von „kultureller Identität" geht es nicht um die Beschreibung individueller Befindlichkeiten, ebensowenig um die Utopie „stabiler" Endzustände (jedenfalls nicht in unseren Breiten). Vielmehr kann es sich nur darum handeln, mit dem Ziel einer gesellschaftlichen Verständigung ein „Netz" von Maßstäben, Symbolen und Überzeugungen zu knüpfen, mit dem zumindest die größten Sinnfragen und Gestaltungsprobleme aufgefangen werden können. Dabei wirken viele Einzelne, Gruppen und Institutionen aktiv zusammen, ohne ihre Individualität oder Unterscheidbarkeit zu verlieren.

So verstanden müssen Kultur- und Identitätsmodelle weder auf kulturell akzentuierten Neo-Nationalismus hinauslaufen, noch auf „harmonisierende, vereinheitlichende Leerformeln" (Hermann BAUSINGER: Kulturelle Identität, 1982 ähnlich: A.J. WIESAND: Kunst ohne Grenzen? Kulturelle Identität und Freizügigkeit in Europa, 1987). Vielmehr weisen sich wachsendes Regionalbewußtsein, das Wiederaufleben sprachlicher Markierungen oder ästhetische und verhaltensbetonte Abgrenzungen oft als politische Kategorien aus.

Angelika Arras
Syntropie-Stiftung für Zukunftsgestaltung, Basel

Stellen Sie sich vor, 1999, beim 2. Werkbundtag werden nicht, wie gestern, positiv und erfolgreich „die Dinge des Werkbunds" versteigert. Nicht eine Bauhauslampe oder ein Gerät von Braun, die Gewißheit schaffen, daß man geschmacklich nichts verkehrt macht. Sondern es werden Projekte versteigert, die Sie und Sie und Sie finanziell fördern. Projekte, die auf eine gemeinsame Vision zuarbeiten, die einen neuen Geist entwickeln. Projekte mit kulturpolitischem Anspruch. Projekte, die zivilgesellschaftliches Engagement dokumentieren – und alles auf der Basis des großen gestalterischen Potentials und Knowhow eines Werkbunds.

Nächstes Jahr wird das Grundgesetz 50 Jahre alt, und bundesweit werden Wochen der Bürgergesellschaft stattfinden. Stellen Sie sich vor, der Werkbund klinkt sich in diese Diskussion ein, übernimmt gesellschaftliche Verantwortung und öffnet sein Netzwerk und sein Knowhow nach aussen als Maßnahme gegen den offenkundigen Mangel auf vielen Ebenen.

Und nicht die Jahrtausendwende ist das magische Ziel, sondern der 100. Geburtstag des Werkbunds im Jahr 2007. Bis dahin nämlich hat sich – allen Unkenrufen und aller guten Form zum Trotz – der Werkbund von seinen Vereinsstrukturen befreit, eine gemeinsam verbindende Vision gefunden und sich mit zukunftsweisenden Inhalten und zeitgemäßen Vorgehensweisen zur Werkbundstiftung entwickelt.

Dann nämlich hat er im Jahr 2007 vielleicht seinen neuen Platz gefunden – in einer Kulturgesellschaft.

Ich möchte dieses kleine Szenario abschließen mit einem Zitat von Antoine de St. Exupéry:
„Wenn Du ein Schiff bauen willst, dann trommle nicht Männer zusammen, um Holz zu beschaffen, Aufgaben zu vergeben und Arbeit zu verteilen, sondern lehre sie die Sehnsucht nach dem weiten, endlosen Meer."

Theo Ballmer, Basel
Designer

Das scheinbar Nebensächliche ist nicht nebensächlich.
Zum Beispiel: Die Werkbeschriftung bei Novartis. Also ein Ort der Arbeit und ein Forschungsplatz als Bestandteil der Stadt.

Eine Stadt, sagt der Soziologe Baudrillard, ist ein Vieleck, das aus Zeichen, Medien und Codes besteht, ein System vernetzter Kommunikation. „Wie kann in diesen komplexen Zusammenhängen eine international operierende Firma als Nachbar wahrgenommen werden, wie integrieren sich seine Werkanlagen in die umliegenden Quartiere? Wie kann sie bei gleichzeitiger Wahrung der Integrität Offenheit und Durchsichtigkeit ausstrahlen, für Außenstehende ebenso wie für diejenigen, die da arbeiten?" fragt Kathy Zarnegin in einem kürzlich im „Hochparterre" erschienenen Artikel über das Konzept für das Erscheinungsbild der Novartis-Werke.

Die modernen Werke stehen nicht isoliert irgendwo, weit entfernt von der Stadt losgelöst. Aufgrund der geschichtlichen Entwicklung sind sie Teil der Quartiere geworden. Eine Stadt in der Stadt. Das Werk hat Straßen, Plätze, man betritt das Werk durch Tore. Lieferanten, Lastwagenfahrer, Besucher bewegen sich täglich in dem weitläufigen, komplex angelegten Raum. Übersichtliche Orientierung ist notwendig. Gewisse Regeln müssen beachtet werden, Gebote, Verbote aus Sicherheitsgründen.

Ein stringent durchdachtes Informations- und Leitsystem führt durch die Stadt zu den Werken, deren Tore, über die internen Netze, Straßen und Plätze zu verschiedensten Zielen. Die Durchgängigkeit von Stadt und Werk, der Dialolg wird signalisiert.

Zum Beispiel: Information zur Stadt im Straßenraum. Wie „geht" die Stadt?... die Stadt erklären, öffnen, näherbringen.

Diese Frage stellten wir uns in verschiedenen Städten, unter anderem auch in Bremen. Aufbauend auf den uralten „Trampelpfaden" hilft ein Achsennetz den Besuchern als Fußgänger, die Stadt zu entdecken. Die Besucher werden nicht umherdirigiert, sondern finden Informationen an bestimmten Stellen. Sie werden begleitet und erfahren unterschiedliche, unerwartete oder etwas versteckte Aspekte.

Es geht dabei nicht um den optimierten Durchsatz auf „Touristenrennstrecken", sondern der interessierte Gast wird angesprochen, sowie auch die interessierten Bewohnerinnen und Bewohner Bremens. Die Stadt zu Fuß zu erleben ist das schönste Erlebnis. Durch den durchdachten Informationsaufbau und die daraus entstehenden Informationsträger wird der Straßenraum anders wahrgenommen. Man entdeckt bekannte und unbekannte Orte und sieht diese in unerwartetem, manchmal vergessenem Zusammenhang ihrer historisch gewachsenen Bedeutung. Das Gehen wird unterstützt, wird ernst genommen und führt zu einem neuen Begreifen der Stadtlandschaft.

Dieses – und andere Projekte – sind oft als Anregung aufgenommen worden, den Straßenraum neu zu gestalten. Das freut mich natürlich, denn hinter der Konzeption von Informationssystemen steckt eine übergeordnete Idee: Der Lebensraum Stadt darf nicht zum Verkehrs- und Restraum verkommen. Zu viele Menschen verbringen ihre Lebenszeit und Arbeitszeit in der Stadt. Wir stehen vor neuen Aufgaben. Wir müssen neue Visionen, neue Modelle, neue Gedanken entwickeln. Eine gewaltige kulturelle Arbeit.
Es geht nicht um Blumenkübel, Poller oder nostalgische Straßenleuchten. Es geht dabei um einen neuen Ansatz. Und die Realisierung der Fußgängerinformation bedeutet für mich nur ein erster kleiner Schritt in die richtige Richtung.

Jürgen Uwe Ohlau
Kulturstiftung des Freistaates Sachsen, Dresden

Sachsen erhebt in seiner Verfassung den Anspruch darauf, ein Kulturstaat zu sein. Dieser Anspruch hat nach meiner Ansicht durchaus dazu beigetragen, daß wir in der gesellschaftspolitischen Entwicklung wesentliche Schritte weitergekommen sind. Es stellt sich nicht mehr die alte Frage: Industriegesellschaft oder Kulturgesellschaft. Wir standen nach der Wende ohnehin vor einer wirtschaftspolitischen Situation, die die Frage Industriegesellschaft gar nicht mehr im traditionellen Sinne hat hochkommen lassen. Die traditionellen Industrien sind weitgehend weggebrochen. Die Zahl der industriellen Arbeitsplätze ist minimiert worden. Es müssen daher neue Strukturen und neue Arbeitsformen und Arbeitsplätze entstehen, die sicher viel näher an der Vision dieser Tagung sind.

Die Erkenntnis, daß Sachsen kein Industriestaat im alten Sinne mehr ist, führt zu Veränderungen der Gesellschaftsstruktur. Darauf muß auch die Kultur reagieren. Es ist eine Situation entstanden, in der die Kultur gar nicht umhin kann, sich auf gesellschaftspolitische Veränderungen einzustellen und ihren Kommentar dazu abzugeben. Dabei sind wir in Sachsen in einer Region, wo auf eine reiche Tradition zurückgegriffen werden kann. Das spielt eine große Rolle im Rahmen eines Neu-Findens der Identität, der kulturellen Identifikation im Zusammenhang mit einer sich verändernden gesellschaftspolitischen Situation. Tradition hat in positivem Sinne etwas mit Regionalismus zu tun. Diese Regionalismus-Diskussion ist derzeit bei uns in Sachsen hoch im Schwange, gerade auch bei der Umsetzung von Kulturpolitik.

Ich will Ihnen ein paar Worte über eines der Weltweiten Projekte der EXPO 2000 in einem Städtchen im äußersten Osten unserer Republik zwischen Zittau und Görlitz erzählen. Die 4.000 Einwohner von Ostritz lebten bis zur Wende ausschließlich von der Textilindustrie und vom Braunkohlebergbau. Diese beiden Industriezweige sind völlig weggebrochen. Bereits 1991 mußte sich diese Stadt ein neues Ziel für ihre Entwicklung suchen. Es entstand die Idee, den Versuch zu machen, das gesamte Versorgungssystem der Stadt ökologisch umzubauen. Mit Hilfe der Bundesstiftung Umwelt sind in dieser Stadt neue Lebensformen und Beschäftigungsformen entstanden. Ostritz wird im Jahr 2000 in der Energie- und Wasserwirtschaft sowie bei der Abfallbeseitigung weitgehend unabhängig von bisherigen Versorgungssystemen sein. Hinsichtlich der Sozialstrukturen, der Beschäftigungsverhältnisse und der Arbeitsplätze ist die ganze Stadt in einem Zeitraum von 10 Jahren umgestaltet worden. Dieser Umgestaltungsprozeß hat sehr viel zu tun auch mit einer neuen geistigen Orientierung und mit Kultur.

Gleichzeitig mit dem ökologischen Umbau der Gemeinde entstand ein geistiges Zentrum im dortigen Zisterzienserinnenkloster, ein europäisches Bildungs- und Informationszentrum für den Austausch mit Polen und der Tschechischen Republik. Es gibt einen internationalen Seminar- und Ausbildungsbetrieb, der alleine für diese Stadt etwa 150 Arbeitsplätze neu geschaffen hat und jährlich etwa 15.000 Besucher in die Region holt.

Ein weiteres Beispiel: Zusammen mit Mitgliedern des Werkbunds Sachsen und mit dem Siemens Kulturprogramm betreut die Kulturstiftung Sachsen ein künstlerisches Projekt im Südraum Leipzig zur Frage der Revitalisierung und Rückgewinnung der Braunkohlefolgelandschaften. Es geht bei diesem Projekt nicht darum, alte Maschinen in den Braunkohlegruben stehen zu lassen, die mit Efeu bewachsen dann als Kunstwerk präsentiert werden sollen. Es geht darum, daß in den Planungsprozessen für die Rückgewinnung der Landschaft von Anfang an Künstler und künstlerische Gestaltung eine wesentliche Rolle spielen. Es ist ein integriertes System. Als Ergebnis dieser Arbeit werden wir dem Regierungspräsidium Leipzig einen Aktionsplan für den Südraum Leipzig mit einer Reihe von wichtigen Projektvorschlägen für die Umgestaltung dieser Landschaft vorlegen: Ein Verbund von Leben, Wohnen, Arbeiten, Kultur in einer neu entstehenden Landschaft. Dabei wird akzeptiert, daß es sich um eine zerstörte Landschaft handelt, für die aber neue Lebensformen, auch neue Industrie- und Beschäftigungsformen entstehen müssen.

Der Regierungspräsident in Leipzig hat im vergangenen Jahr ein Institut gegründet, das die Aufgabe haben wird, diesen gesamten Umorganisationsprozeß und Wiederbesiedlungsprozeß im Südraum Leipzig geistig zu begleiten. Dieser „Campus" in Espenhain ist in vier Arbeitsabteilungen organisiert. Eine davon beschäftigt sich mit den kulturellen Aspekten der Revitalisierung. Sie wird mit Ingenieuren, Landschaftspflegern, mit der Wirtschaft zur ökonomischen Wiedergewinnung dieses Raumes eng zusammenarbeiten und bildet die kulturelle Komponente, nicht etwa die kulturelle Verzierung des gesamten Umgestaltungsprozesses.

Zum Schluß noch einige Worte zu Hellerau, das dem Werkbund ja auch am Herzen liegt. Die Kulturstiftung hat sich von Anfang an, nachdem die sowjetische Armee Hellerau geräumt hat, zusammen mit dem Hellerau-Förderverein ab 1992 um diesen Gebäudekomplex gekümmert. Die Wüstenrot Stiftung hat uns dabei sehr geholfen. Wir haben im vergangenen Jahr einen großen internationalen Wettbewerb zur Weitergestaltung der Gartenstadt und des Umfeldes des Festspielhauses Hellerau ausgeschrieben. Der Wettbewerb hat immerhin dazu geführt, daß die Arbeit des ersten Preisträgers zur Grundlage für die Veränderung des Bebauungsplans der Stadt Dresden gemacht worden ist. Hier hat die Kultur die Initiative ergriffen, um politische Entscheidungen so zu verändern, daß im Sinne der Kultur positives Weiterdenken möglich ist.

Wir hoffen, seitens der Kulturstiftung Sachsen in den kommenden ein, zwei Jahren in Hellerau eine „Freie Akademie für Architektur und Gestaltung" einrichten zu können. Wir würden uns freuen, wenn wir das zusammen mit dem Werkbund tun könnten. Ich glaube, daß es eine ganz wichtige Aufgabe für die neuen Bundesländer wäre, eine flankierende geistige Potenz entstehen zu lassen, die bei den politischen Entscheidungsprozessen der nächsten Jahre mitwirken kann. Dabei wird es um die Wiederherstellung einer Vielfalt von Strukturen in der Landschaft, im Städtebau, in der Architektur gehen, unabhängig von Politik, aber einwirkend auf Politik. Es ist eine Zielsetzung unserer Arbeit, auch in der Landesregierung, daß Institutionen entstehen, die für eine Wechselwirkung zwischen Politik und Entscheidungsträgern in der Politik auf der einen Seite und den kreativen Kräften aus Kunst und Wissenschaft auf der anderen Seite stehen.

Elftraut Reißig
Akademie für Gestaltung im Handwerk der Handwerkskammer, Ulm

In der Wirtschaft und Gesellschaft hat das Handwerk leider nicht unbedingt das Image der Gestaltungskompetenz, diese Qualität im Bezug auf Ästhetik, auf Formensprache. Handwerk wird nur gleichgesetzt mit Qualität und Funktionalität. **Dem möchte die Akademie für Gestaltung im Handwerk mit ihren Bildungsintentionen heftig entgegenarbeiten.**

Insbesondere im Bereich der Weiterbildung qualifizieren wir Handwerker/Innen an der Akademie für Gestaltung im Handwerk seit 5 Jahren erfolgreich zum anerkannten Abschluß „Gestalter/-in im Handwerk". Mehr als 1.000 Unterrichtsstunden müssen dazu von den Werkstudentinnen und Werkstudenten zweieinhalb Jahre berufsbegleitend oder in einem Jahr Vollzeit absolviert werden.

Wir wollen jedoch nicht nur die Handwerkerinnen und Handwerker ansprechen, die schon mit der Berufsausbildung fertig sind und danach als Werkstudenten zu uns kommen, sondern gerade auch die jungen Leute, die vor der Berufswahl stehen und die oft unsicher sind, was sie in ihrem Leben anfangen, welchen Beruf sie ergreifen sollen.

Häufig stellt sich die Frage: Welcher Beruf gibt mir Sinn? Welcher bietet mir Zukunftspotentiale? Welcher gibt mir Eigenständigkeit und Zufriedenheit?

Das Handwerk bietet sehr viele Berufsmöglichkeiten mit einer hohen Integrationsfähigkeit, mit einer extremen Flexibilität, mit einer spannenden Berufsausübung. Ein Bewußtsein darüber wollen wir auch im Rahmen der Berufsorientierung in die allgemeinbildenden Schulen bringen.

Wir, als Wirtschaftsorganisation, gehen deshalb in Gymnasien, Haupt- und Realschulen. Unsere Projektidee bzw. das Thema „Die Faktoren Kreativität und Gestaltung bei der Berufsfindung bzw. -wahl" hat, vor allem bei den Schülerinnen und Schülern, oft nicht den Stellenwert wie z.B. technische Bereiche. Wir machen Schülerinnen und Schüler deshalb mit diesen Faktoren bekannt, indem wir versuchen, Sensibilität zu wecken.

Die neuen Wege, die wir mit unserem Bildungsansatz gehen wollen, d.h. gewerkübergreifendes interdisziplinäres Lernen, werden in ihrer Qualität unterschätzt. Sie werden zunächst nicht als wichtiger Faktor für den Menschen selbst gewertet.

Hier sehen wir unseren gesellschaftlichen Beitrag, Kultur zu stiften, und dem Einzelnen zu einem erfüllten Berufsleben im Handwerk zu verhelfen. Es soll nicht nur im angewanden Produktbereich Qualität und Funktionalität geliefert werden, sondern auch ästhetische Qualität, die die Formensprache in sich trägt. Wir haben z.B. bei den Gymnasien einen Themenbereich „Visuelle Grammatik". Da können junge Leute diese „visuelle Grammatik" kennenlernen. Die Formensprache, die Gleichgewicht, Rhythmus, Proportion, Kontrast, Komposition usw. zum Inhalt hat, kann wie eine Fremdsprache erlernt werden.

Wir würden uns freuen, wenn wir zu unseren Projekten Zuspruch auch von der Industrie und von anderen Verbänden bekommen würden, um das Ganze über das Handwerk hinaus fortzusetzen.

Publikation der Akademie für Gestaltung im Handwerk, Ulm

Dieser Dialog ermöglicht es uns auch, uns selbst zu reflektieren, neue Ideen zu sammeln und die Impulse von außen in uns aufzunehmen. Die Akademie befindet sich ständig in einem Entwicklungsprozeß genauso wie der Einzelne und wie die Gesellschaft.

Darüber hinaus muß es Partnerschaften zwischen Handwerkern und anderen am Arbeits-, Gestaltungs- oder Entstehungsprozeß Beteiligten geben. Wir wollen im Handwerk soweit kommen, daß Handwerksarbeit nicht nur funktional und qualitätsmäßig gesehen wird, sondern ästhetisch, kommunikativ, partizipierend an allen unterschiedlichen Teilen, aus dem das Ganze besteht.

Projektarbeit für die Akademie für Gestaltung im Handwerk heißt auch, die Bildungslandschaft verändern. Mit unseren Absichten wollen wir ins Bildungssystem eingreifen. Wir wollen Ausbildungsordnungen transparenter machen und Gestaltungsinhalte verankern. Dafür ist ein hohes Maß an Enthusiasmus, an Verantwortung, an Bereitschaft, Dinge zu tun, die über das normale Maß hinausgehen, notwendig.

Mit entsprechenden Partnern können auch Projekte in dieser Bildungsarbeit umgesetzt werden. Ich persönlich würde mir wünschen, daß die Handwerksorganisationen im Dialog mit der Industrie ihre Gemeinsamkeiten finden, was z.B. Designprozesse anbelangt. Gestaltung im Handwerk ist keineswegs konträr zum Industriedesign. Es gibt viele Gemeinsamkeiten und Schnittstellen auch zum künstlerischen Bereich.

Ich stelle mir deshalb für die Zukunft vor, in einen umfassenden Dialog, auch mit Organisationen wie dem Deutschen Werkbund, einzutreten.

Sabine Süß
Projektleiterin Zukunft der Arbeit der Expo 2000
Hannover

Die Expo in Hannover wird die größte Kulturveranstaltung in Deutschland im Jahr 2000. Sie fordert die Wirtschaft auf, an einer Kulturveranstaltung teilzunehmen und sie mit zu prägen. Der Begriff Kulturveranstaltung bekommt eine völlig neue Dimension. Die Dinge, die dort von Personen, Verbänden und Unternehmen dargestellt und gezeigt werden, alles unter dem Motto Mensch-Natur-Technik, fragen, was wird sich in der Zukunft bewegen, wie kann ich diese Zukunft mitgestalten. Die Teilnehmer wollen ganz deutlich sagen, ich habe eine Position zu dieser zukünftigen Gesellschaft und möchte mit anderen zusammen dazu etwas gestalten und formen.

Die Expo 2000 ist das beste Beispiel dafür, wie die Kombination zwischen wirtschaftlichem Gedankengut, wirtschaftlichem Streben und kultureller Einflußnahme Prägung haben kann. Bestimmte Eigenschaften, die traditionell den Künstlern, den Interllektuellen und den Querdenkern zugeordnet werden, müssen zukünftig in die Wirtschaftsunternehmen hineingetragen werden. Die Expo 2000 ist ein sehr gutes Beispiel dafür, wie einzelne Projekte sich zu einem Ganzen fassen.

Der Themenpark, einer der 4 Säulen der Expo, widmet sich 11 verschiedenen Themen, darunter das Thema: „Zukunft der Arbeit".

In der ersten Vorbereitungsphase wurde eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Spezialisten der Wirtschaft, Verbänden, Forschungsinstituten und Zukunftsvisionären, gebildet, die sich diesem Thema genähert und relevante richtungsweisende Inhalte geortet haben.

Was passiert in der Welt? Wie werden wir im 21. Jahrhundert leben? Wohin führt uns das? Aus den Antworten wurden Programme entwickelt.

Jean Nouvel hat sich für das Thema „Zukunft der Arbeit" die Architektur ausgedacht: Er hat eine überdimensionale Theaterarena entworfen, in der der Zuschauer in der Mitte steht und um ihn herum die Aktion stattfindet.

Dieses sehr schwierige Thema, bei dem wir Gesellschaftsmodelle und zukünftige Arbeitssituationen zeigen wollen, mit dem wir aber auch die Situtation der Entwicklungs- und der Schwellenländer miteinbeziehen werden – wie kann man das mit einer Methode zeigen, die über die bloße Tafel-Text-Version hinausgeht? Jean Nouvel und wir haben uns dazu entschlossen, den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. Wir sagen, die Technisierung wird den Menschen nicht ablösen, im Gegenteil. Die szenische Darstellung, das Theaterspiel, soll die Hauptmethode sein, um die Arbeitswelt unterhaltsam zu präsentieren.

Zum Teil werden sehr visionäre Lösungen und Modelle für das nächste Jahrhundert vorgestellt.Neue Gesellschaftsmodelle mit unterschiedlichen Schichten von Lebensabschnitten, das 3-Schichten Modell des Club of Rome, bei der die klassische Erwerbstätigkeit nur noch eine der Tätigkeiten ist und die soziale Arbeit und die Bürgerarbeit sehr viel stärker in den Vordergrund rückt. Fehl-

auf der EXPO 2000

Der Mensch bleibt am Drücker

Nouvel erteilt den Technik-Puristen eine klare Absage – Maschinen sind auch künftig nur Hilfsmittel

zeiten im eigenen Erwerbslebenslauf sind nicht mehr als Mangel zu betrachten, sondern können als eine Bildungszeit, zu vergleichen mit dem sogenannten Sabbatjahr, das in den USA schon längst üblich ist, oder auch für soziales Engagement oder die Familie gleich bedeutend genutzt werden.

Gezeigt werden aber auch ausgewählte weltweite Projekte, die einen anderen wichtigen Blick auf eine menschenwürdige, zeitgemäße Arbeit bieten.

Der Inhalt der Ausstellung teilt sich in mehrere Kapitel. Arbeit und Leben (lebensbegleitendes Lernen; Frauenarbeit) / Erwerbsarbeit der Zukunft (weg von der Erwerbsgesellschaft hin zur Tätigkeitsgesellschaft) / Information/Kommunikation und Arbeitswelt (Globalisierung) / Arbeit und Umwelt (mit Umweltschutz Arbeitsplätze schaffen) / Beschäftigung und soziale Sicherung / Arbeit und Gesundheit.

Heribert Wingenfeld, Betriebsrat
Lufthansa System GmbH, Kelsterbach

Man muß ganz klar sagen, Unternehmen sind profitorientiert, und die Erwirtschaftung von Profit steht im Vordergrund, auch wenn das nicht immer so deutlich gesagt wird. Alles, was die langfristige Ertragskraft sichert, wird genutzt. Und wenn das Kultur ist, und Kultur dazu ein Beitrag sein kann, wird das natürlich gerne getan, es ist imageträchtig. So nähert man sich einem Begriff wie Unternehmenskultur. Auch Gewerkschaften oder z.B. die Hans-Böckler-Stiftung beschäftigen sich damit. Aber ich denke, daß das noch ein etwas anderer Kulturbegriff ist, als der, der hier in der Tagung gemeint ist.

Wir als Betriebsrat sind derzeit dabei, uns mit unserer Geschäftsführung über das Thema Telearbeit zu unterhalten. Das Gespräch geht immer mehr in die Richtung, daß die Unternehmen ihren Mitarbeitern ermöglichen, einen Teil ihrer Arbeit von zu Hause aus zu erledigen. Das ist dann eine ganz neue Arbeitsstruktur.

Ein anderer Punkt, der uns zur Zeit umtreibt, ist ein neues Arbeitszeitmodell. Wir haben an 5 Tagen in der Woche die Gleitarbeitszeit. Man kann frühestens um 6.00 Uhr mit seiner Tätigkeit beginnen und bis max. 19.00 Uhr bleiben. Es wird jetzt nach weitergehenden Regelungen gesucht, z.B. Zeitkonten für Jahresarbeitszeiten, Lebensarbeitszeiten u.a.

Weiter wird über die Qualifizierung der Mitarbeiter diskutiert. Es geht im weiteren Sinne um Weiterbildung, aber auch der Erhalt der Arbeitsplatzfähigkeit spielt da eine wichtige Rolle. Natürlich geht es auch um die Frage der Kostenverteilung und in welcher Zeit findet diese Weiterbildung statt.
Ein weiteres wichtiges Thema ist eine Umstellung der Vergütungssysteme. Man will weg von den festen Gehältern hin zu leistungs- und erfolgsabhängigen Bezahlungen.
Die Trennung „Leitende Angestellte" und „Angestellte" bzw. „Arbeiter" ist ein weiteres Thema, daß zur Zeit heftig diskutiert wird.
Alle diese Probleme sind Faktoren auch für eine neue Kultur der Arbeitswelt.

Wenn das erst einmal in Gang kommt, die Modernisierung der Haushalte mit Geräten und Ausstattungen, die auf intelligente Weise miteinander verknüpft und koordiniert sind und über Sensoren und Rechner gesteuert und kontrolliert werden – **Dipl.-Soz. Heidemarie Stuhler** berichtete über ein interdisziplinäres Projekt an der Universität Frankfurt: „Unternehmerische Innovation und Institutionalisierungsprozesse am Beispiel des Intelligent Home".
Man könnte z.B. älteren Menschen die Haushaltsführung entscheidend erleichtern, Kontroll- und auch Alarmmöglichkeiten schaffen, so daß sie wesentlich länger in der eigenen Wohnung und Umgebung selbständig bleiben können.
Die entlastenden Möglichkeiten der Vernetzung schaffen ganz neue Beratungs- und Planungsfelder mit hohem kreativen Anspruch, individuell passende Lösungen zu entwickeln. Beide oben gezeigte Bücher stellen grundlegende Erkenntnisse und Zukunftsperspektiven zusammen.

Birgitta Wortmann
Galerie für Architektur und Arbeit, Gelsenkirchen

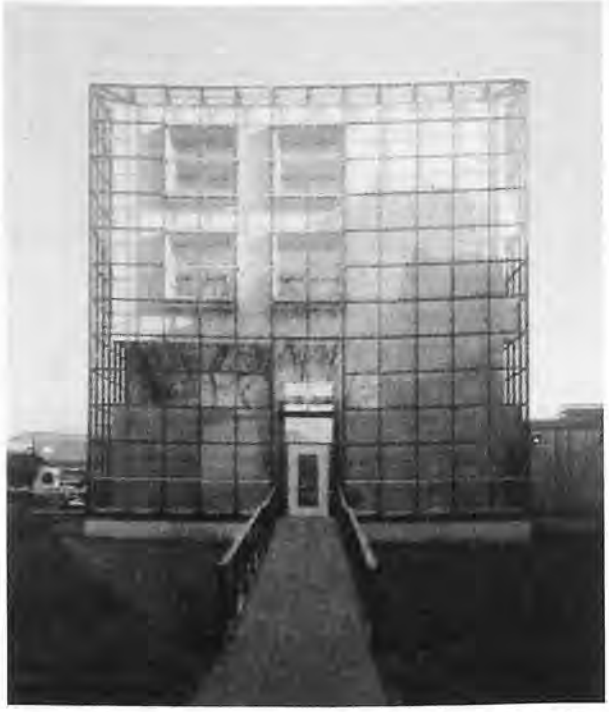
Mein wichtigstes Projekt ist, der „Galerie Architektur und Arbeit" in Gelsenkirchen eine bestimmte Funktion zu geben. Ich sehe die zukünftige Funktion dieser Galerie in ihrer Kommunikations-und Moderationsrolle, die sie im Wandel von Arbeit haben kann. In unserer Region, im Ruhrgebiet besteht ein sehr großes Potential an wissenschaftlichen Institutionen, die häufig in ihrem Universitätskontext nicht die Möglichkeit haben, über diese Grenzen hinwegzuspringen. Da kann es Aufgabe und Chance einer Galerie vor Ort sein, Menschen aus unterschiedlichen Bereichen zusammenzubringen, aktuelle Probleme zu diskutieren und auch auszustellen.

Gerade in einer Zeit, da sich festgefügte Berufsbilder auflösen, wird die Kommunikation immer wichtiger. Aber sich auch andere Eigenschaften und Praktiken anzueignen, eine Vermischung von Kopf- und Handarbeit, wird als Tendenz stärker. Wir haben zur Zeit in unserer Galerie eine Ausstellung über Hildegard von Bingen.

Ich will erklären, wie das zustande kam. Es ist eine Kooperation zwischen Historikerinnen und Historikern der Universität Bochum, die die inhaltliche Arbeit gemacht haben. Die Gestaltung haben Fachschüler der Fachschule für Museumstechnik und Ausstellungstechnik in Gelsenkirchen gemacht. Das sind zwei Berufsgruppen, die in der Berufsrealität zusammenarbeiten sollten, die das aber während ihrer Ausbildung nicht lernen. Hier konnte die Galerie eine Plattform bilden, wo die Zusammenarbeit erprobt werden konnte. Das ist sehr gut gelungen.

Für die Entwicklung von der Industriegesellschaft zur Kulturgesellschaft müssen wir noch weiter von unseren jetzigen Vorstellung weggehen. Wir können nicht denken, wir arbeiten etwas weniger und gehen dafür etwas mehr ins Theater oder partizipieren mehr von der Kultur im engeren Sinne. Es wird wahrscheinlich ganz anders sein. Man hat vielleicht zwei Arbeitsstellen, ist vielleicht auch in ganz unterschiedlichen Bereichen beschäftigt.

Die Frage: Was kommt auf die Kultur zu? birgt noch ein großes Diskussionspotential. Da fände ich es gut, wenn der Werkbund sich auch bei uns an solchen möglichen Diskussionen beteiligen würde, da er neben Architekten auch Stadtplaner, Designer und Künstler vertritt und ein weites Berufsspektrum mit einbringt.



Ein Anbau hinter der restaurierten historischen Maschinenhalle in Gelsenkirchen als Haus der Galerie für Architektur und Arbeit

Elmar Schüller
Design Zentrum Nordrhein-Westfalen, Essen

Die Orte, an denen wir heute Menschen für Kultur und mit Kultur ausbilden, sind Wissensorte. Man geht dorthin, um zu lernen. Wenn wir über Kultur reden, dann reden wir über Prozesse, dann reden wir eigentlich über das Machen. Das gilt besonders auch für das Projekt, daß mir besonders am Herzen liegt.

In Zusammenarbeit mit dem Design Zentrum Nordrhein-Westfalen stellt die RÜTGERS AG zu ihrem 150. Geburtstag ihre zukunftsorientierte Unternehmensphilosophie vom 23. März bis zum 30. Mai 1999 im Design Zentrum vor. In der ungewöhnlichen Ausstellung „erkennen, erkennen. Die Vision vom lernenden Unternehmen" stellt die RÜTGERS AG den Menschen statt seiner Produkte in den Mittelpunkt. Den Menschen und dessen Lern- und Erkenntnisfähigkeit, ohne die das ständige Hervorbringen von Neuem keine Chance hätte. Unterschiedliche Installationen bilden einen spannenden Weg durch die Ausstellung. Zum Beispiel kann der Besucher in dem „Raum der Stille" seinem eigenen Ich begegnen. An anderer Stelle wird er durch ein Mikroskop schauen, nicht nur, um Qualitätsmuster zu erkennen, sondern auch, um einen Zusammenhang zwischen kennen und erkennen herzustellen. Dies sind einige wichtige Erfahrungen, die dazu dienen sollen, Allmachtspositionen aufzulösen und den Blick für kreative, neue Möglichkeiten zu öffnen. Die Ausstellung soll unternehmensinterne Lernprozesse erkennbar und begreifbar machen und darüberhinaus Wissen als Quelle von Kreativität vermitteln. Dies ist eine ganz neue Form, Unternehmenskommunikation zu gestalten.

Spielerisch, überraschend und weit entfernt von alltäglichen Lernmethoden will die Ausstellung den Besucher als aktiven Teil eines ganzen Prozesses einbeziehen. Der Zuschauer bleibt nicht länger zum bloßen Zuschauen verurteilt. Er beobachtet Abläufe, greift ein, beurteilt, ergänzt und lernt dabei, das nichts, was er als Mensch tut, ganz gleich, ob in der Rolle des Familienmitglieds oder als Mitarbeiter einer Firma, trivial oder unwichtig ist. Dieses Projekt ist keine Ausstellung im klassischen Sinn, sondern eine Mischung aus Inszenierung, Erlebnis und Performance.

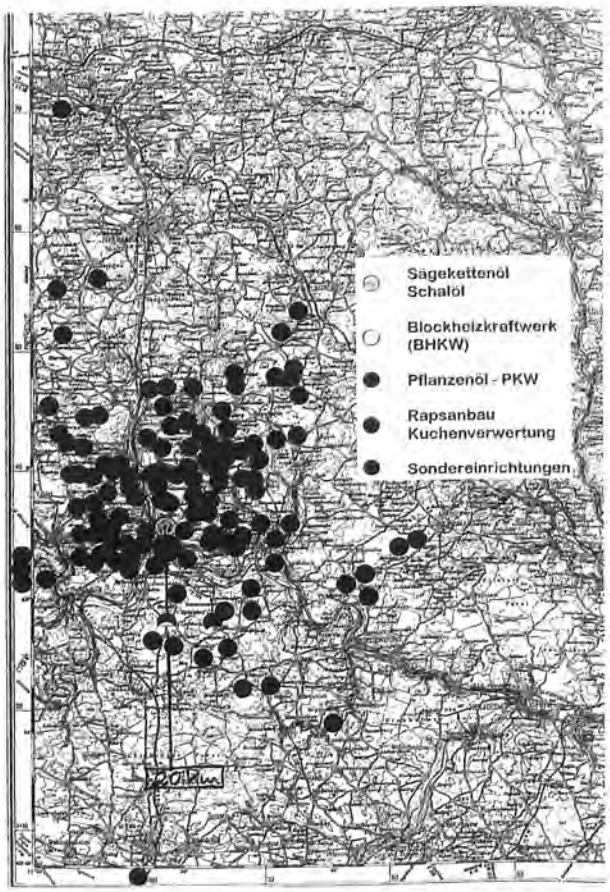
Hier zeigt sich sehr anschaulich, wie wichtig es für den kulturinteressierten Betrachter ist, zum aktiven Teil, zum „Machenden" zu werden.

Thomas Kaiser, München
Institut für Energie- und Umwelttechnik

Die Frage ob uns die Arbeit ausgeht, hängt natürlich damit zusammen, daß wir die gesamten Ressourcen kostenlos nutzen. Dort wo der Mensch seine Ressource nicht mehr herstellen muß in der Biosphäre, sondern einfach eindringt in den Boden und sich kostenlos Dinge entnimmt, wird auch Arbeit fehlen. So hängt unsere ökologische Krise auch direkt mit dem Phänomen der Arbeitslosigkeit zusammen. Es ist eigentlich ein Dreigestirn: Es ist Gedankenlosigkeit, es ist Ressourcenentnahme und es ist die Arbeitslosigkeit.

Wir haben in Bayern wohl an die 1.000 Arbeitsplätze geschaffen. Wir haben inzwischen 40 bis 50 Ölmühlen in Bayern. Ich konkuriere nicht gegen einen Wettbewerber, den ich arbeitslos machen würde, sondern ich konkurriere gegen ein Entnahmeprodukt aus Saudi-Arabien. Ich entnehme durch permanente Wiederherstellung aus der Atmosphäre diesen CO^2-Überschuß und konkurriere gegen diese kostenlose, unwiderrufliche Entnahme einer Ressource.

Ich plädiere dafür, bei ökologischen Projekten in Richtung Landwirtschaft zu gehen. Man würde das Arbeitskräftepotential, was wir dort brauchen, ohne weiteres verdoppeln können. In dem Moment, in dem ich in die reproduzierbare Ressource übergehen muß, habe ich einen Arbeitskräftebedarf. Nehmen sie z.B. die Herrichtung eines Blätterwaldes. Das sind Umbauprozesse, die dauern 10, 15, 20 Jahre und haben gärtnerische Qualität. Da kann und muß ich unglaublich viele Leute binden. Ich kann solche Projekte, bei Aufbietung aller Intelligenz, gegen falsche Preisstrukturen allerdings nicht durchkämpfen. Die Konkurrenzfähigkeit muß hergestellt werden. Andere bekommen Umweltpreise oder es entsteht Ausgleich durch „Bepreisung" von Ressourcen. Wir schaffen dafür Arbeitsplätze in einem unglaublichen Ausmaß – 100.000 könnten wir dort gebrauchen.



Kartierung der Infrastruktur zwischen Neumarkt und Kelkheim an der Donau

Ich nehme diese Thesen der Klimatologen , die besagen, daß wir zuviel Kohlenstoff aus der Erde holen und zuviel Kohlenstoff in die Atmosphäre befördern, relativ ernst. Inzwischen gibt es Analogien, die man messen kann, zum Problem von Klima und Kohlenstoffgehalt der Atmosphäre. Es gibt eine totale Übereinstimmung von Kohlenstoffgehalt der Atmosphäre und Klima. Wir haben neben den Ressourcen aus der Erde, die man entnimmt, auch noch andere Kohlenstoffproduzenten, das wäre die Landwirtschaft. Die Landwirtschaft produziert Kohlenstoffe, indem die Pflanze Kohlendioxyd aus der Atmosphäre entnimmt. Ein Baum, den man verwendet, besteht aus dem vormaligen Kohlendioxyd der Atmosphäre, er besteht aus einem Gas. Ich habe ein Projekt gemacht mit Öl, wir haben Ölpflanzen auch in Deutschland, die man benutzen kann, z.B. Raps, Sonnenblume, Lein, Senf, Mohn .u.a.

Es gibt eine ganze Reihe von Pflanzen, die in unserer Agrikultur gar nicht mehr auftauchen. Bei diesem Projekt hat man sich auf den Standpunkt gestellt, was wäre,wenn ich mein Öl nicht aus Nahost holen könnte, sondern es anders beschaffen müßte. In der Mitte Bayerns, im Altmühltal haben sich 125 Bauern zusammengetan und stellen 2.000 Tonnen Ölfrüchte her, auf Flächen, die von der EG stillgelegt wurden, also nicht mehr bearbeitet werden sollen. Jeder Bauer hat DM 500/ha für eine Ölmühle gegeben, dort wird das Öl ausgepreßt, ca. 30% Öl von der Ölfrucht .Mit diesem Öl können moderne PKW betrieben werden, es kann Strom und Wärme im Blockheizkraftwerk hergestellt werden, Sägenkettenöle, Trenn-und Schalöle, kaltgepresste Öle für den Lebensmittelbereich u.a.

Eines der ernsthaftesten Ergebnisse der Klimaforschung war, daß man heute die Seßhaftigkeit des Menschen nicht mehr als das Ergebnis einer menschlichen Kulturleistung interpretieren kann, sondern als Ergebnis einer Klimaanomalie, die uns vor 10.000 Jahren durch gleichbleibendes Wetter ermöglicht hat, „sitzen zu bleiben". Das ist ein ganz eindeutiges Ergebnis. Wir sind in der gegenwärtigen Phase dabei, die Entwicklung dieser langfristigen Gesellschaft in einer langfristigen Struktur und damit die Grundlagen unserer Kultur, die durch diesen neolithischen Sprung vor 10.000 Jahren möglich wurde, aufzuheben. Solange wir solche ernsthaften Dinge ignorieren, die sich in den letzten 20 Jahren in vollem Bewußtsein und in Kenntnis dieser Lage so verdichtet haben, bleibt bei mir nur Skepsis, von Kulturgesellschaft zu reden. Das ist doch eine Verkappung des Begriffs.

Walfried Pohl, Bonn
Kunsthistoriker. Deutscher Werkbund NW

Die Auseinandersetzung mit dem Problem der Einheit von Arbeit und Ökologie gehört zu den Projekten des DWB NW – darunter auch eine Werkbundsiedlung bei Neuß, die Auseinandersetzung mit den Ausbildungsgrundlagen für GestalterInnen, eine Publikation über Jupp Ernst. Es handelt sich um das Projekt „Aus Hecken werden Häuser – Bauwerke als Baumwerke" und um das Memorandum des DWB NW „Architektur, Design, Handwerk, Kunst – Produkte und Gestaltungsmaßnahmen für die Einheit von Arbeit und Ökologie". Beide Projekte begannen zeitgleich 1995.

Das Projekt zur Einheit von Arbeit und Ökologie wurde von der Zeitschrift „Politische Ökologie" mit besonderem Bezug zum Handwerk publiziert und war auch Anlaß für eine Veranstaltung der Landesregierung NRW. Werden aber Politiker auf die dort gebündelt vorgestellten Projekte zur Überwindung von Natur- und Sozialunverträglichkeit der Industriezivilisation und zur Installierung einer nachhaltigen Wirtschaft angesprochen, blocken sie ab mit dem Hinweis, man würde offene Türen einrennen. Aber auch wenn es ihre eigenen Ideen sind, in aktuelles politisches Handeln zur Förderung von Zukunftsoptimismus und Aufbruchstimmung zu investieren, setzen sie nichts davon um. Kein Wort wird z.B. verloren über die Idee des „Sonnenstaates" als Ziel der Energiewende. Statt dessen beschäftigt man sich nur mit Maßnahmen im Vorfeld, wie Ökosteuer und Ausstieg aus der Atomenergie, restriktiven Maßnahmen zudem. Oder glaubt jemand, eine Ökosteuer, so notwendig sie sein mag, könne Begeisterung erwecken?

Das Projekt „Aus Hecken werden Häuser" zeigt paradigmatisch, was gemeint ist. Bei der Gestaltung und Pflege von Hecken, beim Bauen mit pflanzlichem Material, vor allem Weidenruten, wird im Dialog mit den Prozessen der Selbstorganisation der Natur gearbeitet, und zwar nicht nur naturverträglich, sondern naturförderlich, weil die Artenvielfalt stimuliert wird. Wird das Projekt auf eine breite Basis gestellt, z.B. im Rahmen eines „Europäischen Heckenverbundes" oder eines „Europäischen Gartenreichs", kann es viel Arbeit im ursprünglich kulturellen Bereich der Landespflege schaffen. Diese Arbeit liegt nicht im Bereich von Industriearbeit, wie sie gerade abgebaut wird, und auch nicht im Bereich maschinenbezogener Kulturarbeit, für die viele nicht die Qualifikation erwerben können. Und gerade solche Tätigkeit wird zur Minderung der Arbeitslosigkeit gebraucht.

Ausgangspunkt dieser Überlegungen ist der Umstand, daß kreatürliches Leben Leben zerstören und verzehren muß, sei es pflanzlich oder tierisch, um sich zu erschaffen und zu erhalten. Das gleiche gilt für den Menschen, der aber als tool making animal mit der Produktion von materiellen Gütern noch ein weiteres Destruktionspotential entwickelt – was schon mit dem ersten Faustkeil begann und heute sogar Dienstleistungen in die Destruktivität einbezieht, wie Finanzdienstleistungen, die ganze Nationen ruinieren können. Ohne Destruktion keine Konstruktion, was solange gut geht, wie 1. keine irreversiblen Schäden entstehen, 2. der Schaden nicht den Nutzen überwiegt, wenn z.B. Wälder so übernutzt werden, das sie nicht mehr existieren und damit auch kein Bauholz oder Feuerholz liefern.

Massive Steigerung der Produktivität wie bei der Industrieproduktion brachte notwendigerweise eine ebenso ansteigende Destruktivität mit sich.
Destruktivität als Naturunverträglichkeit ergibt sich dabei auch durch

- Massenphänomene als Folge der Produktion von Großserien.
- Verbrauch von anorganischen und organischen Rohstoffen, der zur totalen Ausbeutung der Ressourcen oder zum Raubbau führen kann.
- Emissionen, die bei Produktion, Gebrauch und Entsorgung entstehen und Luft, Klima, Wasser und Boden mit den bekannten Folgen belasten.
- Belastungen, die Abfall und Müll hervorrufen, soweit diese Rückstände nicht wieder genutzt werden können (recycling) oder sich so zersetzen, daß sie in die natürlichen Kreisläufe zurückkehren.
- Komplexe Umweltzerstörung durch Verkehrsnetze und Verkehr, vor allem Individualverkehr.

Dazu kommt Destruktivität als Sozialunverträglichkeit, die analog zur Umweltverschmutzung auch als „Sozialverschmutzung" bezeichnet wird.

Das Memorandum des DWB NW geht vor allem auf die Sozialunverträglichkeit ein, die entsteht, wenn fehlendes Arbeitsvolumen zu Arbeitslosigkeit führt. Weiter seien als „Sozialverschmutzung" erwähnt:

- Ausbeutung über so niedrige Löhne, daß keine menschenwürdige Existenz mehr möglich ist.
- Einebnung kultureller Traditionen, Vernichtung kultureller Substanz.
- Beeinträchtigung der Gesundheit über Suchtprodukte (Tabak, Spirituosen).

Der Umgang mit diesem Problem könnte sehr einfach sein wie in einer Buchhaltung ließe sich Nutzen gegen Schaden aufrechnen, der Nutzen maximieren, der Schaden minimieren. Dem steht entgegen:

- Die Beurteilung erfolgt im ersten Anlauf emotional und vorwissenschaftlich, wobei die Gefahren entweder überschätzt oder unterschätzt werden.
- Die wissenschaftliche Beurteilung wird gebremst durch gezielte Vermarktungseuphorien bei Einführung technologischer Innovationen.
- Gewisse Produktbereiche müßten von vornherein quantitativ begrenzt werden, was den Vermarktungsmechanismen der kapitalistischen Produktion widerspricht.
- Die Betriebe haben generell kein Interesse, Kosten für Umweltbelastung und Sozialunverträglichkeit in ihre Kalkulation einzubeziehen, solange sie diese externalisieren, sie also auf Dritte oder auf die Gesellschaft abwälzen können.
- Die nachträgliche Entsorgung bzw. der nachsorgende Umweltschutz schafft neue Wirtschaftszweige, die an der Beseitigung zuvor angerichteter Schäden verdienen und die deswegen kein Interesse an einem vorsorgenden Umweltschutz haben.

So ergibt sich ein Marktzyklus, bei dem die Forschung zu Produktinnovationen führt, die mit Marketingstrategien unter Kapitaleinsatz in Serienproduktion vermarktet werden. Bis die Marktsättigung erfolgt ist, sollte das eingesetzte Kapital plus Gewinn zu-

rückgeflossen sein. Dann erst darf der nachsorgende Umweltschutz einsetzen. Dann haben aber auch die gewaltigen Produktmengen zu Schäden geführt, deren Entsorgung nicht mehr zu umgehen ist, wobei oft irreversible Schädigungen zurückbleiben. Das Kapital geht dann schon wieder neue Wege.

Wesentliches Problem dabei ist: wie kann man die Märkte solange wie möglich offen halten, wie vermeidet man Überproduktion, auf deren Gefahr schon Karl Marx hingewiesen hat. Das erfolgt über

- Schaffung von Massenkaufkraft (Nachfragemarkt), wie es im System des Fordismus möglich war.
- Erschließung neuer Marktsegmente und der Auslandsmärkte, wobei z.B. die Motorisierung Chinas ganz neue Destruktionspotentiale lostreten könnte.
- Gezielte Verkürzung der Lebensdauer von Produkten, was die Umstellung der Industrie auf Langzeitprodukte mit Nachrüst- und Reparaturwerkstätten schwierig macht.
- Oberflächendifferenzierung beim Design.
- Wenn Schäden offenbar sind, Einführung vorgeblich umweltfreundlicher Produkte (Katalysatorauto), was oft nur Augenwischerei ist, aber den Markt belebt.
- Öffnung von „Schutzräumen" für den Markt, z.B. Zerschlagung der staatlichen Post, als „Deregulierung" gepriesen, worauf sich die Leistungen der Briefpost schlagartig verschlechtert haben. Einführung des Privatfernsehens in Opposition zum öffentlich-rechtlichen Fernsehen, was die „Sozialverschmutzung", die von diesem Medium ausgehen kann, über den Quotendruck erst herbeigeführt hat.

Wie nun artikuliert sich in diesem Kontext der Kulturbegriff? Wenn man die Bakterienkulturen außen vor läßt, gibt es ihn dreifach:

- Kultur als Nutzung von Ackerboden, Gartenland und Wald = ursprünglicher Kulturbegriff.
- Kultur als Gesamtheit der materiellen und mentalen Produkte und Lebensäußerungen einer Gesellschaft = Kultur im weiteren Sinne.
- Kultur als Gesamtheit der geistigen und künstlerischen Produkte und Lebensäußerungen einer Gesellschaft = Hochkultur, Kultur im engeren Sinne.

Kultur im letzteren Sinne umfaßt kreative Dienstleistungen und Produkte auf den Gebieten der Bildung, der Unterhaltung und der Information im Gegensatz zu den standardisierten Tätigkeiten und Erzeugnissen auf den Gebieten von Landwirtschaft, Industrie und Handwerk sowie Dienstleistungen. Wächst ihre Bedeutung, führt das zu dem von Andreas Wiesand angesprochenen Übergang von der Industrie- zur Kulturgesellschaft.

Statt von Kulturgesellschaft wird heute eher von Informations- oder Wissensgesellschaft gesprochen. Damit ist aber nicht Information oder Wissen im Sinne von Kultur gemeint, bezogen also auf Werte, sondern um die zweckrationale Instrumentalisierung von Wissen zur Maschinisierung der Kopfarbeit und auch gewisser Bereiche kreativer Handarbeit. Es liegt also ein Etikettenschwindel vor, denn es handelt sich nur um Zuarbeit für übliche Industrietätigkeit und Dienstleistungen, nicht um kulturelle Sonderleistungen. Auf dieser Schiene gerät die Kultur auch in den Sog des Destruktionspotentials der Informations- und Kommunikationstechniken, mit ihren Sozialunverträglichkeiten und ihrer „Sozialverschmutzung".

- Es ensteht ein Prozeß der Entsinnlichung, lebendige Erfahrung geht verloren.
- Umgang mit Informationen und Wissen erfolgt nur noch in instrumenteller, maschinengerechter und zweckrationeller Auswahl.
- Korrigierende zwischenmenschliche Erfahrungen werden verhindert.
- Es ergeben sich Realitäts- und Zeitverluste.
- Es ergeben sich vor allem Verluste an kommunikativer Kompetenz. Das bedeutet, es schwindet die Fähigkeit, Macht- und Herrschaftsansprüche zu durchschauen und die Fähigkeit, selbstbestimmt und solidarisch zu handeln, sowie aktiv am demokratischen Prozeß teilzunehmen.
- Während der Bedarf an standardisierter Industrie- und Verwaltungsarbeit, weil ersetzt durch maschinisierte Hand- und Kopfarbeit, sinkt, steigt der Bedarf an kreativer maschinenbezogener Arbeit, z.B. im Software- und Designbereich, so daß sich Unternehmen ergeben, die nur noch Arbeitsplätze für kreative Arbeit haben. Dieser Übergang von Industrie- zur Kulturgesellschaft führt zum Wegfall weiterer Bereiche standardisierter Arbeit und damit zur Pauperisierung der Menschen, die nur diese Arbeit leisten können, was wieder die kulturelle Arbeit als Landespflege, die weithin nicht maschinisierbar ist, so wichtig macht.

Joachim Brech, Frankfurt am Main
Wohnbund e.V.

Zur Vision Kulturgesellschaft

„Von der Industrie- zur Kulturgesellschaft" – das beinhaltet eine realisierbar erscheinende Vision, nämlich,

- daß heute erstens für einen allgemein hohen privaten und öffentlichen Lebensstandard ein vergleichsweise geringer Arbeitsaufwand erforderlich ist und
- daß zweitens der Anteil körperlicher und Routinearbeit wie zum Beispiel geförderte Kohle fördern oder Formulare ausfüllen, reduziert, wenn nicht gar abgeschafft werden kann.

Würden die heute schon möglichen Rationalisierungs- und Automatisierungspotentiale ausgeschöpft, dann wäre der Aufwand für die Herstellung eines Produkts noch viel geringer. Es wird zutreffend erkannt: Die Arbeit geht uns aus, die Vision könnte immer wirklicher werden.

Der Chef der Höchst AG in Frankfurt erklärte jüngst sinngemäß: Was ist heute eine chemische Fabrik? Eine riesige Produktionshalle mit gewaltiger Produktivität – aber mit gerade einmal fünf Ingenieuren zur Überwachung.

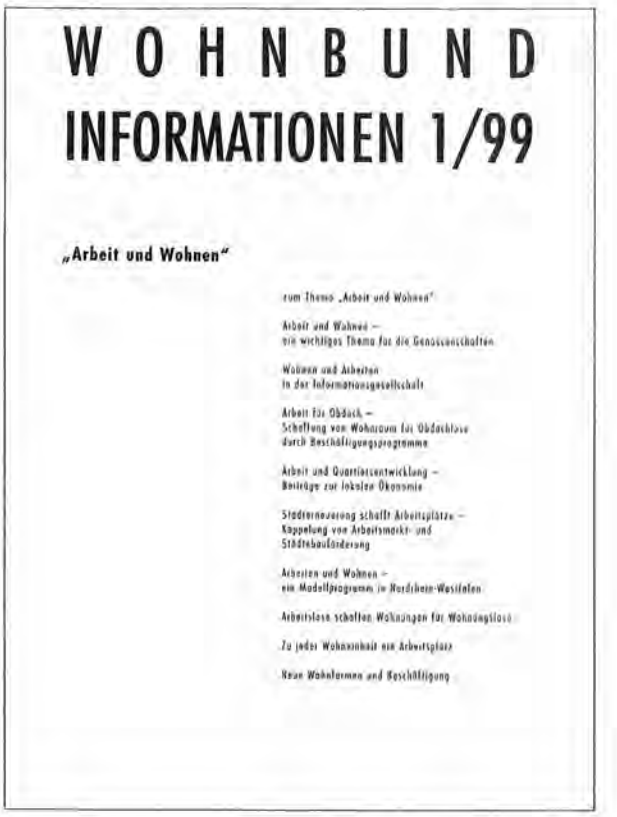
Aber in unserer Gesellschaft ist Arbeit eine zentrale Kategorie menschlichen Lebens. Arbeit hat einen hohen sozialen Stellenwert, es besteht eine gesellschaftliche Wertschätzung von Erwerbsarbeit.

Einschätzungen über die Zukunft der Arbeit gehen dahin, daß im kommenden Jahrhundert zwanzig Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung ausreichen würden, um die Wirtschaft in Schwung zu halten. Achtzig Prozent der sogenannten erwerbsfähigen Bevölkerung bliebe, so wird angenommen, ohne Job. Damit gehe eine Intensivierung der Arbeit der Fulltime-Jobber einher. Immer weniger Menschen produzieren immer mehr, und der Arbeitsplatzabbau gehe weiter.

Gemeint ist damit die industrielle Arbeit und ein großer Teil der automatisierbaren Dienstleistung. Andererseits entstehen dafür an anderer Stelle neue Arbeitsplätze in großer Zahl, teils qualitativ höhere und besser bezahlte, teils qualitativ niedrigere und schlechter bezahlte, wenn alle Arbeitsfähigen beschäftigt sein wollen und aus diesem Grund Automatisierungen zurückgehalten werden. Gleichwohl wird Flexibilität gefordert sein, die 40-Stunden-Woche wird nicht garantiert sein. Es können mehr oder auch weniger Stunden werden.

Mit dieser enormen gesellschaftlichen Produktivität ist am Horizont jener paradiesische Zustand erkennbar, der es dem einzelnen gestatten würde, Arbeit als eine schöpferische Komponente des Lebens betrachten zu können und Wahlmöglichkeiten in der Lebensgestaltung zu haben, ohne damit sogleich die Lebensgrundlage zu verlieren. Eine Gesellschaft, die diesen Möglichkeiten Raum gibt, könnte als Kulturgesellschaft bezeichnet werden.

Nicht mehr Existenzangst zwingt zur „neuen" Arbeit, sondern das Streben nach Anerkennung. Das wird keinen Stillstand ergeben. Wir können uns, wie Francis Fukuyama in dem Buch „Konfuzius und die Marktwirtschaft" ausführt, auf den Wunsch des Menschen nach Anerkennung als Motor verlassen, denn das scheint eine zutiefst menschliche Eigenschaft zu sein. Weil Anerkennung seit jeher nicht nur im Geldäquivalent gefunden wurde, sondern im Dazugehören zu einer Gruppe, die Anerkennung gibt, besteht eigentlich kein Grund, wegen des Wegbrechens der alten Arbeit besorgt zu sein. Die Menschen suchen mit Sicherheit neue Arbeit, die wiederum neue Arbeit im Sinne von Erwerbsarbeit nach sich zieht.


WOHNBUND
INFORMATIONEN 1/99

„Arbeit und Wohnen"

zum Thema „Arbeit und Wohnen"

Arbeit und Wohnen –
ein wichtiges Thema für die Genossenschaften

Wohnen und Arbeiten
in der Informationsgesellschaft

Arbeit für Obdach –
Schaffung von Wohnraum für Obdachlose
durch Beschäftigungsprogramme

Arbeit und Quartiersentwicklung –
Beiträge zur lokalen Ökonomie

Stadterneuerung schafft Arbeitsplätze –
Koppelung von Arbeitsmarkt- und
Städtebauförderung

Arbeiten und Wohnen –
ein Modellprogramm in Nordrhein-Westfalen

Arbeitslose schaffen Wohnungen für Wohnungslose

Zu jeder Wohneinheit ein Arbeitsplatz

Neue Wohnformen und Beschäftigung

Diese wird aber nicht mehr in Bezug zu setzen sein in Zusammenhänge wie: Arbeit und Freizeit, Arbeitszeit und Arbeitslohn, Lebensarbeitszeit und Ruhezeit usw.

Dorthin sind aber erst wenige Menschen, die Mut oder keine andere Wahl hatten, gekommen. Von der Kulturgesellschaft sind wir noch entfernt, es werden gegen sie sogar neue Hürden aufgebaut. Deshalb sollte unser Thema heute lauten:

„Arbeit der Zukunft – Zukunft der Arbeit; Von der Industrie- zur Wissensgesellschaft"

Wir stehen nicht nur vor einem Epochenwechsel ins nächste Jahrtausend. Wir befinden uns auch mitten in einer Umbruchszeit von der modernen Industriegesellschaft zur Wissensgesellschaft. In dieser Wissensgesellschaft wird Bildung in Zukunft eine entscheidende Rolle spielen. Wissen wird zur Ressource und Legitimation sozialen Handelns. Wissen wird zur Produktivkraft und Information wird zum Produktivfaktor. Die Fähigkeit zur Selektion, zur Bewertung, Umformung und Neufiguration (vielleicht Zerstörung, wenn, wie McLuhan schreibt, das Medium die Botschaft ist?) der

Information wird zu einer entscheidenden Qualifikationfrage der Elite.

Unter den Bedingungen der Globalisierung wandelt sich die Arbeitsgesellschaft. Mit dem Ende der Arbeit durch fortschreitende Technologisierung gehe, so wird befürchtet, auch die Spaltung der Gesellschaft in diejenigen, die immer mehr arbeiten und diejenigen, die aus dem Arbeitsmarkt ganz herausfallen, einher. Manche Prioritäten liegen deshalb bei einer vom Staat zu Lasten des „ersten Arbeitsmarktes" finanzierten gigantischen „Beschäftigungsgesellschaft".

In dieser Transformationskrise stellt sich die Frage nach dem Lebenssinn von Arbeit zwangsläufig. Viele Menschen leiden angesichts des Wertewandels an einer Orientierungskrise. Arbeit stand immer im Zentrum des Lebens der Menschen, besonders der Aufbaugeneration nach 1945. Arbeit bot Lebenssinn und Freizeit war zweitrangig in dieser „Arbeitsgesellschaft". Das haben sie an die Jungen weitergegeben. Zunehmend hat aber – gründend auf dem gesellschaftlichen Reichtum – ein Wertewandel eingesetzt, in der nicht mehr die Erwerbsarbeit, sondern die Erlebnisorientierung im Vordergrund steht. Es ist von der „Erlebnisgesellschaft" oder der „Freizeitgesellschaft" die Rede (Gerhard Schulze, Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart, 1993). Wenn der gesellschaftliche Reichtum jetzt wegbricht, wenn die Erwerbsarbeit nicht mehr genügend freie Mittel abwirft und deshalb die „Erlebnisgesellschaft" nicht mehr finanzierbar ist, ist Orientierungslosigkeit die Folge, meinen viele Soziologen.

Denken wir an die EXPO 2000, die nach den neuesten Entwicklungen eine Erlebnisexpo mit Event-hits werden soll. Die Betreibergesellschaft erwartet an jedem Wochenende 100.000 und mehr Familien, die sich hier durchschleusen lassen wollen. Auf meine Frage, ob daran ernsthaft geglaubt werde, antwortete die Hannoveraner Stadtbaurätin: „Was sollen die Familien denn sonst am Wochenende tun?" Werden die Massen dafür das Geld locker machen?

Individualisierung, Globalisierung und Veränderung der Arbeitswelt brauchen einen neuen „contract social", meinen andere.

Alle Lösungsansätze, die heute zur Diskussion gestellt werden, müssen vor dem Hintergrund der generellen strukturellen Veränderung der Erwerbsgesellschaft betrachtet werden. Globalisierung ist dabei kein Jobkiller. Aber die Erwerbstätigkeit ändert sich. Globalisierung deckt die Ursachen der Arbeitsmarktprobleme auf. Im OECD-weiten Vergleich hat der Standort Deutschland die höchsten Arbeitskosten und Unternehmenssteuern, die kürzesten Arbeits- und Betriebszeiten, lange Genehmigungsfristen und stärkste Verkrustungen am Arbeitsmarkt.

Globalisierung führt zu Anpassungsdruck bei Einfacharbeitsplätzen. Die amerikanische Antwort lautet: Lohndifferenzierung und mehr Arbeitsplätze. Die deutsche Antwort: starre Einkommenshierarchien und höhere Arbeitslosigkeit.

Im globalen Wettbewerb konkurrieren nicht nur Unternehmen, sondern auch Standorte. Erfolgreiche Wachstumsregionen zeichnen sich vor allem durch eine gelungene Kombination von wissenschaftlicher, technischer und wirtschaftlicher Kompetenz sowie anderen innovationsfördernden Standortfaktoren aus. Daraus entsteht ein „innovatives Milieu", es ist wichtige Grundlage für die Entwicklung neuer Kompetenzen. Zusätzliches Innovations- und Kreativitätspotential entsteht. Durch die Verknüpfung von verfügbarem Wissen und die damit zusammenhängende Kompetenz entstehen Kompetenzcluster. Beispiel für die hohe Attraktivität von Kompetenzclustern ist Silicon Valley.

Allerdings: Der Standortwettbewerb ist zuallererst ein Wettbewerb der Arbeitsmärkte. Der Erfolg eines Landes oder einer Stadt bei der Entwicklung und Umsetzung von Innovationen wird ganz wesentlich von einem innovationsorientierten Leitbild beeinflußt. Dies bedeutet, daß sich alle Akteure über konkrete Ziele verständigen und ein innovationsorientiertes Leitbilds entwickeln.

Die These, die die Wirklichkeit schon bestätigt, lautet, daß Wirtschaftswachstum nicht zu erhöhter Erwerbstätigkeit führt, daß die Schere relativ groß sei. Letztlich entscheiden Gewinnerwartungen über die Höhe der Investitionen (auch in Sachkapital = Arbeitsplätze). Diese Erwartungen werden durch die aktuelle Rendite mitbestimmt. In Sachkapital (Arbeitsplätze) wird nur investiert, wenn die Investition eine Risikoprämie abwirft. Mit anderen Worten: die Verzinsung der risikobehafteten Sachkapitalinvestition muß deutlich höher sein als eine risikolose Anlage in Staatspapieren.

Vollbeschäftigung erscheint als „sozialromantische Utopie". Bei der säkularen Unterbeschäftigung wird die „Zwei-Drittel-Gesellschaft" als Horror beschworen.

Der Trend steigender Arbeitslosigkeit ist ungebrochen. Eine Wende ist unter anderem nicht zu erreichen, wenn die Arbeitsmarktverfassung unangetastet bleibt. Das Herzstück der Arbeitsmarktverfassung bildet die Tarifautonomie. Sie beruht auf der in Art. 9 Abs. 3 Grundgesetz gesicherten Koalitionsfreiheit „zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen". Flächentarifverträge standardisieren Arbeitsverträge. Obwohl die Verantwortung für Beschäftigung bei den Tarifparteien liegt, wird sie immer wieder dem Staat zugeschrieben. Von seiten der Gewerkschaften werden immer wieder „Bündnisse für Arbeit" gefordert. Das erklärte Ziel solcher Gespräche ist es, gegen das Versprechen lohnpolitischer Zurückhaltung kollektive Beschäftigungsgarantien und feste Zusagen im Hinblick auf die Zahl vorzunehmender Neueinstellungen und den Umfang des Angebots an Ausbildungsplätzen zu erhalten. In der Marktwirtschaft entscheiden die Nachfragelage und die Kosten der Arbeit darüber, wie viele Menschen ein Unternehmen rentabel beschäftigen kann. Daher ist es nicht möglich, verbindlich kollektive Beschäftigungszusagen zu geben. Tatsächlich ist beim Bündnis für Arbeit immer die Absicht im Spiel, die Verantwortung der Tarifparteien auf den Staat abzuwälzen und ihm eine unangemessene beschäftigungspolitische Funktion zuzuweisen. Nobelpreisträger Gary Becker, Prof. für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Chicago, sagt zum deutschen Bündnis für Arbeit: „Das ist, was wir Syndikalismus nennen. Ich glaube nicht, daß das der Weg ist, das Arbeitslosigkeitsproblem zu lösen. Mehr Flexibilität läßt sich auf nationaler Ebene kaum herstellen" (in: Wirtschaftswoche 45/29.10.98). Der Staat ist nicht in der Lage, für mehr Beschäftigung zu sorgen. Er kann nur versuchen, die Rahmenbedingungen so zu verändern, daß Unternehmen mehr Arbeitskräfte einstellen können. Flexibilisierung und Öffnung der Tarifverträge ist notwendig. Normalarbeitsverträge werden bei der Umstrukturierung der Wirtschaft nicht mehr die Normalität sein.
Ein Zukunftsszenario für Beschäftigung – quantitativ und qualitativ – müßte mit Blick auf die Wirtschaftsstruktur, die Bedingungen der Erwerbsarbeit, die Lebensgestaltung entwickelt werden.

Internationaler Wettbewerb, Globalisierung der Märkte und die dynamischen Veränderungen in den Bereichen Wissen und Information erfordern ein grundlegend neues Verständnis der Rolle und des Selbstverständnisses der Beschäftigten im Arbeits- und Produktionsprozeß. Mit steigenden Kompetenz-, Flexibilitäts- und Mobilitätsanforderungen wird der moderne Mitarbeiter stärkere Eigenverantwortung übernehmen müssen. Er muß zur Disposition stehen. Dies hat erhebliche Rückwirkungen auf Berufsbilder sowie auf Beschäftigungsinhalte, Arbeitszeiten, Arbeitsformen sowie auf Ausbildungsinhalte und -formen (Stichwort: Schlüsselkompetenz).

Internationaler Wettbewerb, Globalisierung der Märkte und die dynamischen Veränderungen in den Bereichen Wissen und Information erfordern ein grundlegend neues Verständnis der Rolle und des Selbstverständnisses der Beschäftigten im Arbeits- und Produktionsprozeß. Auch die demographische Entwicklung – der Altersaufbau der Bevölkerung und die Migration – sind dabei ein wichtiges Thema.

Wie sieht das Zukunftsszenario der Delphi-Studie aus?
In der Prognose zur Zukunft Deutschlands sagen Experten eine Welt der Telekommunikation voraus, in der sich das Arbeitsleben in den nächsten zehn Jahren radikal verändern wird. Unternehmen werden immer häufiger auf einen festen Standort und auf einen festen Mitarbeiterstamm verzichten. Zwei Drittel der Angestellten und anderen Mitarbeiter werden ihre Arbeit zu Hause am Computer erledigen oder ihre Projekte online schicken. (Das muß auch überhaupt nicht in der Stadt sein, das kann auch vom Haus auf dem Land aus geschehen.) Die Anforderungen an die Qualifikation der Mitarbeiter und die Mitarbeiterverantwortung wird steigen. Der Arbeitnehmer von morgen wird am Gewinn beteiligt und Mitunternehmer sein. Entsprechend wird sich das Lohnsystem verändern. Die Bezahlung nach Arbeitszeit verliert an Bedeutung, die Bezahlung nach Leistung und Arbeitsergebnis wird zunehmen. Laut Delphi werden sich Unternehmensstrukturen deutlich verändern. „Das Unternehmen der Zukunft wird seine Produkte, Dienstleistungen und inneren Abläufe radikal am Kunden orientieren."

Der langfristige Rückgang der Arbeitsplätze im Herstellungsbereich wird von einer stetigen Zunahme der Arbeitsstellen im Dienstleistungssektor begleitet. In den USA und anderen westlichen Ländern (England, Finnland), nicht aber in Deutschland, ist der Beitrag des tertiären Sektors zum Bruttosozialprodukt mittlerweile deutlich größer als der sekundäre Sektor. Es gibt auch in der Delphi-Studie eine oben schon angesprochene Vision der Gesellschaft, in der sämtliche Waren von Maschinen hergestellt werden und die Menschen miteinander Dienstleistungen austauschen. Das heißt: die zeitliche Dimension von Arbeit wird sich verändern: längere Weiterbildung, Diskontinuitäten in der Erwerbsbiographie.

Stadtplanung und Wohnungsbau
Kommen wir jetzt zur Stadtplanung und zum Wohnungsbau, meiner hauptsächlichen Beschäftigung. Fragen wir, inwieweit hier diese Entwicklungstendenzen beachtet werden.

Der Strukturwandel ist in den Metropolen am weitesten vorangeschritten. Hochproduktive Dienstleistungsunternehmen haben sich z. B. in Frankfurt und dem Rhein-Main-Gebiet angesiedelt (= neues Wachstumsfeld). Damit entstehen neue Arbeitsplätze, die höhere Qualifikationsanforderungen an die Arbeitskräfte stellen. Im Ballungsraum ist der Trend zur De-Industrialisierung festzustellen. Damit verbunden ist Arbeitsplatzabbau.

Diese Entwicklung erfüllt das korporatistische Denken mit Schrecken. Sie sehen überall nur die Krise der Stadt. Diese ist aber immer eine Frage der Betrachtungsweise. Was in Frankfurt als Krise angesehen wird, darüber können die Berliner nur lächeln. Was die Berliner als Krise ansehen – Paris würde sich glücklich schätzen, hätten sie eine solche Krise usw.

Die Krise muß herhalten, um Veränderungsunwille auf anderen Ebenen zu kaschieren. Denn die neuen Inhalte und Formen der Arbeit sprengen die Korporationen buchstäblich auseinander: die Gewerkschaften, Kammern und Standesverbände, die Verbände der Wohnungswirtschaft, der Mieter usw. Die hier involvierten Personen müssen zu Recht das Ende ihrer Macht und Anerkennung befürchten. Sie wissen selbst oder ahnen, daß sie längst nicht mehr Träger der Innovation sind. Aus diesem Grund tun sie alles, um dem Übergang in eine Kulturgesellschaft zu bremsen, indem sie die Strukturen des alten sozialdemokratischen Jahrhunderts wieder festigen wollen. Sie wünschen, daß möglichst viele junge Menschen wieder in traditionelle formalisierte Arbeitsformen und Sozialsysteme integriert werden, die ihnen ihr Auskommen sichert und sie darüber hinaus von der Straße wegbringt hinein ins kostengünstige Eigenheim als das Sinnbild für ein ordentliches Leben schlechthin. Dieses Versprechen auf die rückwärtsgerichtete Zukunft werden diese Verbände aber nicht einlösen können. Sie sind Betrügende und Betrogene zugleich, wenn sie daran glauben.

„Von der Straße wegbringen" – das ist zwiespältig. Selbstverständlich muß es jedem Bürger der Staates möglich sein, eine Wohnung zu mieten oder zu kaufen, also nicht auf der Straße zu liegen. Das würde der gesellschaftliche Reichtum ohne weiteres zulassen, ohne die Prinzipien des Marktes dirigistisch außer Kraft zu setzen. Allein wenn es gelänge, die Mißwirtschaft der öffentlichen Wohnungswirtschaft, die den Namen „Wirtschaft" nicht verdient, weil sie gar nicht wirtschaftlich handelt, sondern nur öffentliche Mittel verwaltet, abzustellen, ließe sich das Wohnungsproblem lösen – wie ich hier behaupte.

Es geht aber bei dieser Politik des „von der Straße Wegbringens" um etwas anderes und um mehr, nämlich um die Einordnung in ein öffentlich geregeltes privates Leben. Straße ist hier Synonym für Unordnung, Regellosigkeit. Ordnung und Gefüge sind selbstverständlich unverzichtbar in einer zivilen Gesellschaft, denn ohne „Struktur" von Zeit und Raum gleiten wir in Befindlichkeiten, die unsere mentalen Kräfte mangels Bildung übersteigen. Deshalb glauben die Institutionen eine Zukunft zu haben, die eine einfache und Sicherheit bietende Struktur offerieren, also auch die Planungsinstitutionen. Teile der Gesellschaft werden das sicherlich hinnehmen. Das sind aber nicht die Innovativen. Sie akzeptieren das Vorgegebene nicht – nicht, weil sie gegen Struktur generell sind, sondern weil sie sich gegen oktroyierte Strukturen wehren. Sie sind Träger der neuen Kulturgesellschaft. Für manche Metropolen kann heute schon behauptet werden: es gibt hier nur noch informelle und kulturelle Arbeit, die dann durch trendscouts weltweit marktfähig gemacht wird. So funktionieren heute Transformationsprozesse.

Da es also den Korporatisten nicht gelingen kann, die neue Kulturgesellschaft auf allen Ebenen zu verhindern, wird sie sich ohne

sie, jenseits ihrer Regeln, entwickeln. Es wird gewissermaßen Parallelgesellschaften geben, die wenig miteinander zu tun haben. Der angebliche gesellschaftliche Konsens, die Annahme nämlich, daß es eine Gesellschaft gebe, wird er bestehen bleiben? Jetzt wird vom Verfall der Gesellschaft gesprochen. Wenn es sie überhaupt gibt (was Margret Thatcher vehement bestritt): Ist ihr Verfall zu beklagen und wenn ja, wer betreibt den Verfall? Die egalisierenden, gerechtigkeitsbehauptenden Institutionen oder diejenigen, die die Vision einer Kulturgesellschaft vor Augen haben?

Die Branche, in der ich mich bewege, Wohnungsbau und Stadtplanung, trägt noch immer viel dazu bei, daß die Kulturgesellschaft, von der wir annehmen müssen, daß es eine städtische Gesellschaft ist, auch wenn online auch auf dem Land gearbeitet werden kann, so bald nicht Realität wird. Mit einem Workshop mit dem absurden Titel „Planung des Unplanbaren" haben wir, WOHNBUND Frankfurt, einmal versucht, auf das Grunddilemma der Planung hinzuweisen, die stets das Beste will und es damit schon verhindert, weil sie glaubt zu wissen, was gut ist.

Welchen Planungsfall wir auch immer analysieren: letztendlich handelt es sich um einen Prozeß der Verringerung von Möglichkeiten statt des Öffnens von Chancen. Bei dem Stadterweiterungsgebiet Kronsberg in Hannover beispielsweise finden die 6.000 künftigen Bewohner keinen einzigen Quadratzentimeter Raum vor, über dessen Nutzung und Gestaltung die Planer nicht detailliert entschieden hätten.

Es kann nicht gesagt werden, daß diese Planung nicht bei vielen, die ihre Ruhe und Ordnung haben wollen, auf Zustimmung trifft. Solche Phasen gibt es im Leben. Viele Leute ziehen ja auch freiwillig dorthin in diese bis ins Kleinste geregelte Umgebung. Indessen bilden sie ja nur einen Teil der Gesellschaft. Diese besteht aus unterschiedlichen Schichtungen, die teils voneinander getrennt sind, teils auch diffundieren. Ist es nicht bereits heute so, daß in einem Leben Aufenthalte in unterschiedlichen Schichtungen stattfinden? Am besagten Kronsberg jedenfalls sind von den Planungskonzeptionen abweichende Lebensäußerungen praktisch nicht möglich. Der ganze Stadtteil baut auf dem alten Arbeitsbegriff – Arbeit als gesellschaftlich anerkannte Erwerbsarbeit – auf bzw. rechnet mit entsprechender sozialstaatlicher Absicherung, denn sonst fiele das gesamte Finanzierungskonzept der neuen Stadt in sich zusammen. Die neuen Formen der Arbeit finden hier keinen Raum, wie immer sie aussehen mögen.

Es wäre indessen nicht notwendig, eine ganze Stadt als Freiraum für die Kulturgesellschaft zu öffnen. Es würde ja genügen, wenn die Kulturgesellschaft in einigen Stadtteilen oder Straßen und Gebäuden ihre Räume fände. Geschieht dies aber durch uneinsichtige Aktionen und Aktivitäten, dann ist von der Krise der Stadt die Rede. Zwar kann hier nicht bestritten werden, daß in manchen Stadtteilen eine kritische Balance zwischen Niedergang und Aufbruch besteht. Aber die Paradigmata, die den Interventionen in diese sozialen und kulturellen Prozesse zugrunde liegen, stammen aus der Mottenkiste der egalisierenden sozialdemokratischen Planung mit ihrem innovationsfeindlichen Gerechtigkeitsansinnen – womit diese Krise der Planung die Krise des Stadtteils noch mehr verschärft, wenn sie nicht sogar herbeigeredet ist, um der Planung die Arbeit zu sichern. Gemeint sind hier alle Versuche, via Wohnungsbelegung – welch ein Wort! –, mittels Zuzugssteuerung, Verhinderung von informellen Ökonomien, durch Angst vor dem Ghetto, kurz: „sozialverantwortlichem", „zielgerichtetem", „zielgruppenspezifischem" Stadtteilmanagement usw. dafür zu sorgen, daß die jungen Leute weder in eine geregelte Arbeit kommen, noch in selbstorganisierte kulturelle oder ökonomische Aktivitäten. Wie diese Transformationsprozesse vonstatten gehen können, zeigen viele Beispiele aus den Metropolen, vor denen die Planer graust (s. „Migration – Stadt im Wandel"). Gerade in den letzten Jahren wurden mit den Konversionsflächen, die vielfach den alten kommunalen Unternehmen zugeschanzt oder an obskure Investoren oder Immobilienfonds verkauft wurden, die besten Chancen in den Städten vertan. Hier hätte viel Raum für das Experiment der Kulturgesellschaft gelegen. So aber hat sich die Stadtplanung in ihrem Drang nach Regelung als antiurban gezeigt.

In seinem Buch „Civitas" (Originaltitel: The Conscience of the Eye) betrachtet Richard Sennett die Erfahrungen mit der Großstadt. Die städtische Lebensform in ihren verschiedenen Aspekten, die Funktion von Straßen und Plätzen, die veränderte Raum- und Zeiterfahrung, Verhaltens- und Kommunikationsmuster. Er stellt im Grunde eine Verfallsdiagnose. Beispiel: „Die alten Griechen konnten die Komplexität des Lebens mit den Augen sehen. Die Tempel, die Märkte, die Stadien, die Versammlungsorte, die Mauern, die öffentlich sichtbaren Statuen und Bilder der antiken Stadt, sie alle verkörperten die Wertvorstellungen dieser Kultur in bezug auf Religion, Politik und Familie. Man wüßte nicht, wohin man sich heute in London oder New York wenden sollte, um, sagen wir, Reue zu empfinden. Und wenn man Architekten heute bitten würde, städtische Räume zu entwerfen, die der Demokratie förderlich sind, dann würden sie den Zeichenstift niederlegen."

Sennett macht einen Spaziergang durch die moderne Stadt des 20. Jahrhunderts: New York, „die Stadt der Unterschiede". Die „Kultur der Großstadt" besteht vor allem im Erfahren von Unterschieden . „Die Kultur des Unterschieds meint eine Lebensform, die den Unterschied anstelle des Gleichen, die Vielfalt anstelle der Einheit" setzt. Den Unterschied zu pflegen ist von höherem Wert als ihn einzuebnen. In New York heißt das, die Unterschiede lassen sich nicht in einer höheren Einheit aufheben oder versöhnen. Die Teile lassen sich nicht zu einem Ganzen fügen, sondern sie liegen wie Bruchstücke nebeneinander. Die Differenzen werden nur in dem Prinzip aufgefangen, daß jeder die gleichen Rechte hat. Das sieht Sennett so, wenn er die Viertel und Szenen, die Kulturen und Subkulturen beschreibt, die sich gegeneinander abkapseln. „Die Differenz und die Indifferenz gegenüber anderen Menschen" bilden ein Paar.

Beispiele für diese Koexistenz der Differenz haben wir in dem Band „Migration – Stadt im Wandel" dargestellt. Daß die großstädtische Kultur der Differenz heutzutage unauflöslich eine der Indifferenz ist, will Sennett aber letztlich nicht akzeptieren, weil er eine die Gegensätze zerstörende höhere Einheit sucht. In Wirklichkeit ist die Erfahrung der Großstadt heute ambivalenter denn je – das Stichwort lautet: gesteigerte Ambivalenz. Das städtische Leben gibt aber auch Anstöße dazu, mit Ambivalenz tolerant umzugehen und Uneindeutiges nicht zwanghaft zu vereindeutigen. Ulrich Beck spitzt das zu: „Ambivalenz als Existenz". Ambivalenz wird nach Beck zur Existenzform aller. Sie untergräbt die industriegesellschaftlichen Voraussetzungen der Moderne und das Resultat lautet: Risikogesellschaft, Globalisierung, Individualisierung.

Die Ambivalenz ist heute mehr denn je die Existenzform der Städtebewohner. Sie müssen mit der Zweideutigkeit und der Erlebnisintensivierung umgehen. In den Zeiten des Gegensatzes ist Architektur

als symbolische Verbindung der Menschen nicht mehr möglich. Dabei stellt sich die Frage, wie in dieser großstädtisch geprägten Lebensform mit Konflikten umzugehen ist.

Es bieten sich drei Möglichkeiten an:

1. Die Konflikte aus der Welt zu schaffen (dazu ist die Moderne angetreten, ordnungsgenerierend und versöhnend).
2. Die Konflikte einfach zu belassen (das ist die Moral der Postmoderne).
3. Eine agonale Position, die sich dessen bewußt ist, daß Konflikte bewältigt, aber nicht aus der Welt geschafft werden müssen.

„Widerstreit" verschiedener kultureller und subkultureller Lebensformen endet nicht in einem konfliktlosen Zustand (es läßt sich keine Vereinheitlichung herstellen), sondern im Ausgleich in einer lebenspraktischen Balance.

Werkbundtag 13. und 14. November in Darmstadt 1998
Werkbund-Auktion!
werk bund
Info: Fax 06151/899177
Von der Industriegesellschaft zur Kulturgesellschaft — Arbeit im Wandel

Werkbundakademie Darmstadt
im Haus für Industriekultur
Kirschenallee 88
64293 Darmstadt
Telefon 0 61 51/67 02 50
Telefax 0 61 51/67 02 60

Impressum
Redaktion: Jochen Rahe
Grafik Design: Gerhard Lienemeyer
DTP: Rainer Neumann
Herstellung: Druckerei Eisenhardt
im Juli 1999

Diese Veröffentlichung wurde von der Stadt Darmstadt gefördert.

Peter Zlonicky
Vorsitzender des Deutschen Werkbunds e.V.
Zum Abschluß des Werkbundtags 1998

Lassen Sie mich den Ertrag des Werkbundtags 1998 aus meiner Sicht zusammenfassen.

In einer Vielfalt von Projekten der Landesbünde und ihrer Mitglieder werden vor Ort Zeichen gesetzt für einen qualifizierten Umgang mit der Gestaltung der Umwelt. In allen Berichten des ersten Tages wird der Zusammenhang der drei essentiellen Dimensionen – der ästhetischen, der funktionalen und der ökologischen – deutlich. Im Gerüst dieser drei Dimensionen ließe sich die gesamte Geschichte des Werkbundes darstellen, der in dieser ganzheitlichen Sichtweise die Modernisierungsprozesse des 20. Jahrhunderts begleitet hat. Allen drei Dimensionen ist auch das soziale Engagement einbeschrieben – ohne diese Orientierung des gesellschaftlich gerechten Ausgleichs machen Planung und Gestaltung letztlich keinen Sinn. Auch das haben diese Werkbundprojekte – jedes für sich und alle gemeinsam – vermittelt.

Die Projektberichte unterstützen unser Tagungsthema auf zweierlei Art. Sie sind begründet auf der professionellen Kompetenz von Werkbundmitgliedern und sind allein in ehrenamtlicher Weise entstanden. Dieses Engagement ist ein unverzichtbares Ferment einer Gesellschaft, die in Zukunft von kulturell geprägten Fähigkeiten und Dispositionen mehr abhängen wird als von industriell geprägten Fertigkeiten und Standards. Und zum anderen zeigen alle Projekte inhaltliche Qualitäten der Arbeit in der „Kulturgesellschaft" – Komplexität, Sensibilität, Prozeßhaftigkeit, Kreativität. So gesehen ist der Werkbund in seiner in Jahrzehnten gewachsenen Umtriebigkeit zugleich auch ein Element zukünftiger Arbeitsweise: nicht bestimmend, aber katalysatorisch-anregend, manchmal auch kritisch-antreibend.

In eine ähnliche Richtung weisen die Beiträge unserer Gäste. Wir haben um Erfahrungen aus der Arbeitswelt gebeten unter dem Gesichtspunkt des Wandels nach kulturellen Gesichtspunkten – jenseits der Grenzen eines eng gewordenen konventionellen Kulturbegriffs. In dem großen, noch allzu zögerlich beginnenden gesellschaftlichen Gespräch um den Charakter von Arbeit im komplementären Zusammenhang mit kulturellen Werten und Fähigkeiten überwinden diese Beiträge die Scheidelinie zwischen Arbeit und Nicht-Arbeit. Der Begriff Kultur spielt hier eine zentrale Rolle. Die Kosten für dieses kulturelle Engagement können kaum höher sein als die Kosten der Arbeitslosigkeit. Der Gewinn aber ist unvergleichlich höher: sinnstiftende Tätigkeit, gesellschaftliche Teilhabe, Solidarität.

Werkbundtage wollen und können keine fertigen Lösungen für Zukunftsaufgaben präsentieren. Aber der Weg von der Industriegesellschaft zu einer Kulturgesellschaft wird vom Werkbund aktiv begleitet. Das vermitteln Werkbundtage: Anregungen aufzunehmen, sie zu verdichten, die Dinge auf dem Weg so zu diskutieren, daß sie verstärkt weiterentwickelt werden können.

Für diese Gespräche bietet die Werkbundakademie eine neue Ebene. Als Voraussetzungen gibt es das Interesse und die Unterstützung der Stadt Darmstadt, mit der uns eine lange Werkbund-Tradition verbindet. Es gibt dieses Haus für Industriekultur, von dem aus die Werkbundakademie in die Stadt ausstrahlen kann.

Der nächste Werkbundtag 1999 findet in Dresden statt. Hellerau ist ein Ort in Dresden, der in ähnlicher Weise wie Darmstadt Verbindungen zum Werkbund und zu den Werkbundgründern hat. Wir werden Gäste im neuen Werkbund-Haus sein, im Verständnis, daß Tradition nicht die Bewahrung der Asche, sondern das ständig neue Entfachen des Feuers ist.

Für den Werkbundtag 2000 haben wir eine Einladung nach Hannover erhalten. Wenn es für den Werkbund eine Botschaft vom Standort der Expo 2000 geben soll, dann die Vermittlung von Werkbundprojekten als lokal verantwortete Beiträge zu existentiellen Problemen nicht nur dieser Republik, sondern auch Europas und der kleiner werdenden Welt. Dies ist mein erster Wunsch für die nächsten Werkbund-Tage.

Zweitens wünsche ich mir, es gäbe sobald wie möglich eine Werkbund-Stiftung, die nicht nur die Möglichkeit der Finanzierung von Projekten erleichtert. Die Werkbund-Stiftung soll in der Lage sein, Projekte anzustiften und über den Anlaß hinaus weiterzutragen.

Und drittens: ich freue mich über eine Akademie, die allen Beteiligten die Chance des Weiterlernens gibt. Eine Akademie, die im besten Sinne das ist, was Paul Claudel in den Anfängen von Dresden-Hellerau dem Werkbund auf den Weg gegeben hat: ein Laboratorium zu sein für eine andere Art, menschlich miteinander umzugehen.

Nur wenn der Werkbund als gesellschaftlich verantwortetes Laboratorium arbeitet, wird er ein junger Werkbund sein. Das hängt zwar nicht unbedingt vom Lebensalter ab, trotzdem wünsche ich mir, daß die Anregungen der Werkbundakademie für die Gestaltung gesellschaftlicher Zukünfte von einer neuen Werkbundgeneration aufgenommen und weitergetragen werden.